



## Protokoll

### **50. Sitzung des Gemeinderates Montag, 14. März 2022, 19:00 Uhr bis 20:32 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 112/2022 des Stadtrates: Wahlbüro, Erneuerungswahl für die Amtsdauer 2022-2026
- 4 Leistungsmotion 671/2022 von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufole-Keel (SVP): "Ein Booster für die Standortförderung"
- 5 Postulat 670/2022 von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufole-Keel (SVP): "Ein neuer Stellenwert für die Standortförderung"
- 6 Motion 663/2021 von Natalie Lengacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Patricio Frei (Grüne): "Mehr preisgünstiger Wohnraum in Uster"
- 7 Postulat 664/2021 von Paul Stopper (BPU): Bankstrasse/Bahnhofplatz
- 8 Kenntnisnahmen

## Präsenz

|                  |  |
|------------------|--|
| Vorsitz          | Anita Borer (SVP), Präsidentin   |
| Protokoll        | Daniel Reuter, Ratssekretär  |
| Anwesend         | 36 Ratsmitglieder  |
| Stadtrat         | Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin<br>Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen<br>Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau<br>Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung<br>Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales<br>Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit<br>Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit<br>Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter |
| Parlamentsdienst | Monika Füllemann, Ratssekretär-Stellvertreterin  |
| Entschuldigt     | Pascal Sidler, Stadtschreiber  |
| Presse           | David Marti, AvU<br>Kevin Weber, AvU   |

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne.

Stadträtin Patricia Bernet wird verspätet eintreffen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär.

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion, die SVP/EDU-Fraktion, die Grünliberale/EVP-Fraktion, die FDP/Die Mitte-Fraktion und die Grüne-Fraktion verliest **Jürg Krauer** (FDP) folgende gemeinsame Fraktionserklärung, die auch vom fraktionslosen Ratsmitglied unterstützt wird: *Es erreichen uns tagtäglich unfassbare und verstörende Bilder aus der Ukraine. Bilder, die man noch vor ein paar Wochen in Europa für unmöglich gehalten hat.*

*Ein Europa, welches sich doch in den letzten Jahrzehnten darauf konzentriert hat, auf diversen Ebenen eine Einheit zu werden, sich enger zu vernetzen und eine gemeinsame Zukunft zu bauen. Leider gibt es trotz dieser gemeinsamen Vision einen unberechenbaren Despoten, welcher aus purem Eigennutz einen Keil zwischen die Völker treiben will. Das macht ohnmächtig.*

*Der Überfall von Russland auf die Ukraine verletzt auf grösste Art internationales Recht. Wir verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg aufs schärfste. Im 21. Jahrhundert sollten wir in Europa eigentlich so weit sein, dass jeder Staat eigenständig über sein Staatsgebiet und über Allianzen entscheiden kann - ohne Einwirkung eines anderen Staates! Der Krieg ist ein Angriff gegen die Menschen in der Ukraine, gegen deren Selbstbestimmungsrecht, gegen die Demokratie und tritt grundsätzliche humanitäre Werte mit Füßen. Werte, welche das Fundament eines friedlichen Zusammenlebens sind und welche es mit aller Macht zu verteidigen gilt. Nicht vergessen darf man aber auch die Vielzahl von Menschen in Russland, welche ebenfalls unter dieser Situation zu leiden haben.*

*Wir sind sehr besorgt über den weiteren Fortgang und über die mögliche Eskalation der Situation! Auf kommunaler Ebene sind unsere Unterstützungsmöglichkeiten begrenzt. Es ist primär humanitäre Hilfe an Land und Leute gefragt. Wir können heute noch nicht vorhersehen, wie sich der Krieg in den nächsten Tagen, Wochen, vielleicht gar Monaten weiter entwickeln wird, was in nächster Zeit auf Uster zukommen wird und was der Krieg für uns als Gesellschaft bedeutet. Doch müssen wir uns vorbereiten und bereithalten. Uster hat bereits heute diverse etablierte humanitäre und soziale Instrumente und Programme. Diese sollen unbürokratisch genutzt und bei Bedarf ausgebaut werden.*

*Wir können zudem an den Stadtrat und den Regierungsrat appellieren, die bundesweiten Gegenmassnahmen, wie Sanktionen, konsequent und vollumfänglich zu unterstützen. Wir als Gesellschaft werden in naher Zukunft Solidarität leben müssen, eine Solidarität, die wir in dieser Form vielleicht noch gar nicht kennen. Die Friedenskundgebung vor 10 Tagen mit mehreren Hundert Personen zeigte, dass Uster diesen Solidaritätsgedanken leben will. Ein Zeichen des unbürokratischen und zuvorkommenden Handelns zeigten auch die Stadtverwaltung und die Stadtpolizei, die die Organisatoren des Anlasses bei der Vorbereitung und bei der Durchführung hervorragend unterstützt haben. Ein grosses Dankeschön!*

*Wir, alle Mitglieder des Gemeinderats Uster, sind der Meinung: Solidarität soll umgesetzt und gelebt werden!*

Für die SVP/EDU-Fraktion verliest **Hans Denzler** (SVP) folgende Fraktionserklärung: *Gewerbetreibende, Gastrobetriebe und Vereine beleben und bereichern Uster mit ihrem vielfältigen Engagement. Durch die hohen Gebühren auf öffentlichem Grund sowie bürokratischen Vorschriften und Abläufen werden sie jedoch oft in ihren Bemühungen, der Ustermer Bevölkerung etwas Besonderes zu bieten, ausgebremst. Die SVP Uster hat – gemeinsam mit prominenten Gewerbetreibenden, Gastronomen und Vereinsvertretern aus Uster – innert kürzester Zeit über 600 Unterschriften für dieses Anliegen gesammelt.*

*Die vielfältigen Restaurants, Cafés, Bars, Lebensmittelläden, Ladenlokale und Vereine beleben Uster. Sie laden zum Verweilen ein, fördern das gesellschaftliche Leben, bieten Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung, und tragen damit viel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Doch was die Bevölkerung schätzt, wird durch hohe Gebühren und bürokratische Vorschriften ausgebremst.*

*Mit dieser Petition fordert ein prominentes Komitee, dass die Gebühren der Stadt Uster für Tätigkeiten von Gewerbe, Gastronomie und Vereinen auf öffentlichem Grund (z.B. Gastro-Bestuhlung, Gestaltung Aussenbereich, temporäre Aktionen und Nutzungen von Infrastrukturen) reduziert und entsprechende Vorschriften minimiert werden.*

*Die SVP Uster hat die grosse Zustimmung der Leute beim Unterschriftensammeln gespürt. Die Leute wollen ein belebtes Uster. Die Leute wollen, dass die vielen Gewerbetreibenden und Vereine mit ihrer Tätigkeit und ihrem ausserordentlichen Engagement geschätzt und nicht durch zu hohe Gebühren ausgebremst werden.*

*Das Vereinsverzeichnis auf der Webseite der Stadt Uster weist heute 299 Einträge auf und das Unternehmensverzeichnis 754. Somit hat mehr als jeder zweite Verein, Gewerbe- oder Gastrobetrieb eine Stimme erhalten.*

*Das Postulat, das die SVP Uster im Gemeinderat zum selben Thema eingereicht hat, wurde leider von der links-grünen Ratsmehrheit abgelehnt. Das ist enorm schade und auch ärgerlich. Die Parteien von SP, Grünen, EVP und Grünliberalen verschliessen damit die Augen vor einem wichtigen Anliegen unserer Gewerbetreibenden und Vereine. Nun hoffen wir, dass wir zumindest mit der Petition noch etwas erreichen.*

*Die Übergabe an die Stadt erfolgt in den nächsten Tagen.*

Für die Grüne-Fraktion verliest **Natalie Lengacher** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *Man merkt es, wenn man durch Uster läuft, auf den Social-Media-Kanälen ist oder auch anhand der Wortmeldungen im Rat: Es ist Wahlkampf. Jede Partei hat ihre Schwerpunkte und Strategien. So klingt es von der bürgerlichen Seite beispielsweise stets nach Sparen. Die Stadt Uster hätte ihre Finanzen nicht im Griff, würde mehr ausgeben und nichts einnehmen. Nur, stimmt dies auch wirklich? Fakt ist, dass gemäss der Medienmitteilung vom 14. Februar 2022 der Stadtrat fürs Rechnungsjahr 2021 ein positives Resultat dank hoher Steuereinnahmen erwartet. Und dies, obwohl wir noch immer in der Pandemie stecken, beziehungsweise die finanziellen Nachwehen spüren. Nun kommt uns also die vor etwas über einem Jahr beschlossene Steuersatzerhöhung entgegen. Natürlich ist das für alle eine erfreuliche Nachricht und sollte es auch für die Bürgerlichen sein. Oder geht da etwa ein Argument für potenzielle Wählerinnen und Wähler flöten?*

### **Persönliche Erklärungen**

**Ulrich Schmid** (Die Mitte) verliest folgende Erklärung, wozu er eine **Redezeitverlängerung auf 5 Minuten beantragt** und womit der **Gemeinderat mit offensichtlicher Mehrheit einverstanden** ist: *Die verfahrenre Situation um die Zukunft der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee, der ich als Schulpräsident vorstehe, und der Sekundarstufe Uster, gibt immer wieder zu persönlichen Erklärungen und zu Leserbriefen in den Medien Anlass. Ich möchte mit meiner persönlichen Erklärung auf einige Punkte eintreten, die mir besonders wichtig sind:*

1. *Zukunft der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee*

*Es ist uns bewusst, dass unsere Grenzen nicht dem geltenden Gemeindegesetz entsprechen. § 178 verlangt die Übereinstimmung der Grenzen von Schulgemeinden mit denen von politischen Gemeinden. Das ist bei uns nicht der Fall.*

*Wir sind an einer gesetzeskonformen Lösung interessiert. Um unsere Oberstufenschule in der heutigen Form zu erhalten, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Eine Ausnahmeregelung des Regierungsrates, die auch die Integration der Sekundarstufe Uster in die Einheitsgemeinde Uster ermöglichen würde oder die Aufhebung des aus unserer Sicht unmöglichen § 178 im Zürcher Gemeindegesetz. Beides ist derzeit eher unwahrscheinlich. Wir müssen deshalb zusammen mit der Sekundarstufe eine Lösung ausarbeiten, die zu einer Win-Win-Situation führt. Zu diesem Dialog mit dem Ziel einer Win-Win-Situation respektive eines wirklichen Kompromisses sind wir gerne bereit. Verschiedene Gesprächsangebote von uns wurden aber von der Gegenseite ausgeschlagen.*

2. *Lösungen für die Oberstufenschule Nänikon-Greifensee*

*Wir sprechen bewusst davon, die Oberstufenschule Nänikon-Greifensee bewahren zu wollen. Wir sagen nicht, die Oberstufenschulgemeinde muss zwingend in der heutigen Form erhalten bleiben – auch wenn uns das am liebsten wäre. Aber unser oberstes Ziel ist es, dass das Schulhaus Wüeri für die Kinder und Jugendlichen von Greifensee, Nänikon und Werrikon als Oberstufenschulhaus erhalten bleibt – und zwar langfristig.*

*Neben der Erhaltung der Oberstufenschulgemeinde – die beiden dafür möglichen Optionen habe ich erwähnt – möchten wir über verschiedene weitere Möglichkeiten reden: Erste Priorität hat der Dialog über einen Zweckverband. Das ist keine Erfindung von uns. Die Gemeinden Herrliberg und Erlenbach sowie die Gemeinden Kilchberg und Rüslikon betreiben schon lange erfolgreich ihre Sekundarschulen im Rahmen eines Zweckverbandes. Das wäre auch für uns eine gute Lösung.*

*Wir würden auch gerne die Möglichkeiten eines Anschlussvertrages prüfen. Ein Anschlussvertrag, wie immer er ausgestaltet wird, hat aus unserer Sicht jedoch erhebliche Nachteile und Schwächen.*

Unsere Oberstufenschulgemeinde würde ohne Grund entweder stark beeinträchtigt oder ganz aufgehoben. Und ein Teil der heutigen Bevölkerung der OSNG könnte über Belange der Oberstufenschule Wüeri nicht mehr mitbestimmen. Trotzdem glauben wir, dass wir die Möglichkeiten eines Anschlussvertrages in einem konstruktiven Dialog ausloten sollten. Wir suchen diesen Dialog und laden die Sekundarschulpflege Uster erneut dazu ein. Auch die Stadt Uster und die Gemeinde Greifensee sollen sich aus unserer Sicht an diesem Dialog beteiligen.

### 3. Zum Bezirksrat Uster

Wir haben, wie Sie wissen, gegenüber dem Bezirksrat Uster ein Ausstandsbegehren gestellt. Dazu kursieren verschiedene falsche Annahmen. Ein Bezirksrat muss nach bestimmten Regeln arbeiten und soll eine überparteiliche Haltung einnehmen. Beides ist aus unserer Sicht beim Bezirksrat Uster nicht der Fall. Er hat, um in unserem Fall zu einer Entscheidung zu kommen, ein umfassendes externes Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses Rechtsgutachten hält im Detail fest, wie der Bezirksrat entscheiden soll. So sagt es unter anderem aus, dass die Greifenseer Kinder nicht mehr das Schulhaus Wüeri besuchen dürften. Durch dieses externe Rechtsgutachten kann der Bezirksrat nicht mehr unabhängig entscheiden. Er ist in seiner Entscheidung durch die Aussagen im externen Rechtsgutachten beeinflusst. Deshalb haben wir das Ausstandsbegehren gestellt.

Zudem erleben wir den Bezirksrat Uster nicht als überparteiliche Instanz, die eine gute Lösung für beide Seiten anstrebt. Wir empfinden den Bezirksrat Uster so, dass er eine Lösung favorisiert, die ausschliesslich zu unseren Lasten geht. Aus unserer Sicht erschwert er eine Lösung, statt sie zu erleichtern. Gegen eine vom Bezirksrat angeordnete Grenzbereinigung mit erheblichen Nachteilen für die Oberstufe Nänikon-Greifensee würden wir uns zur Wehr setzen. Die Kantonsverfassung sieht vor, dass die Stimmbevölkerung bei Grenzbereinigungen das letzte Wort hat. Wir finden, dass die Verfassung auch hier zu respektieren ist. Eine Lösung unter Einbezug des Bevölkerungswillens kann gefunden werden. Aber das braucht Zeit. Diese fordern wir ein.

### 4. Fazit

Das führt mich zu folgendem Fazit: Wir von der Oberstufe Nänikon-Greifensee sind uns bewusst, dass wir das Gemeindegesetz einhalten müssen. Geschieht nicht noch ein Wunder und der Regierungsrat erlässt eine Ausnahmegenehmigung oder der Kantonsrat hebt den unseligen § 178 GG auf, so werden wir unsere Grenzen über kurz oder lang anpassen müssen. Wir zielen dabei aber auf einen von beiden Seiten mitgetragenen Kompromiss – auf eine Win-Win-Lösung ab. Das ist nur im Dialog und intensiven Gesprächen möglich. Dazu laden wir alle Beteiligten – die Sekundarstufe Uster, die Stadt Uster und die Gemeinde Greifensee – herzlich ein.

**Silvio Foiera** (EDU) verliest folgende Erklärung: Die Ukraine-Krise trifft uns alle. Zuerst und zutiefst vor allem emotional, angesichts des Dramas, welche Leute quasi über Nacht aus ihrem Leben riss, weiter tobt und Existenzen, Leben und Heimat unzähliger Menschen zerstört.

Fast schon absurd muten da hiesige Bilder von Benzinpreis-Stelen an sowie leere Regale beim Speise-Öl. Offenbar um damit Dieselfahrzeuge kostengünstig zu betreiben.

Dennoch, überdenken viele nun bei Fahrzeugbeschaffungen die Option: Elektro-Auto. Sei dies um Kraftstoffpreisen zu entgehen, oder um indirekt mit Ölkauf nicht Leid mitzufördern. Man könnte fast sagen: Der Markt funktioniert.

Damit jedoch eMobilität funktioniert, braucht es Lademöglichkeiten. Aus eigener Beobachtung kann ich sagen, niederschwellige Anschlussmöglichkeiten am Arbeitsplatz, in Form einer T23 Steckdose wie in Büros zu finden, oder der kleine blaue CEE-Stecker bieten einen starken Anreiz zum Umstieg. Diese Niederschwelligkeit ist einfach und kostengünstig zu realisieren, braucht weder teure Ladeinfrastruktur noch Lastmanagement. Bereits ein Kabel welches eine Gartensteckdose speist reicht für drei Parkplätze.

Gerade in den städtischen oder stadtnahen Betrieben bei dem aufgrund hohem Anteil an Schichtarbeit MIV nötig ist, könnte Uster hier mit wenig Aufwand ermöglichen statt einschränken. Ganz im Sinne von "Uster steigt um!" Und das erst noch eigenverantwortlich.

Die Stromkosten von maximal ca. CHF 1.50 pro Tag würden weder die Stadtkasse sonderlich belasten, noch Angestellte sonderlich schmerzen.

Unsere Stadt jedoch leiser und sauberer machen.

**Markus Wanner** (SP) verliest folgende Erklärung: *Die Finanzen sind in Uster immer ein sehr grosses Politikum. Es wird um den Steuerfuss gekämpft, Kürzungen werden heftig diskutiert, die Stimmung an den Budgetsitzungen oftmals gereizt. Und seit 2018 endlich keine bürgerliche Mehrheit mehr im Stadtrat haben, hören wir gefühlt jede zweite Sitzung, dass der Stadtrat die Finanzen nicht im Griff hat. Oft wird vergessen, dass nicht der Stadtrat die Finanzen festlegt, insbesondere nicht die Investitionen, welche mit den Abschreibungen die Erfolgsrechnung massgebend beeinflussen, sondern das Parlament. Und da lässt sich nun diskutieren, ob dieses mitte-links oder mitte-rechts orientiert ist.*

*In wenigen Tagen wird die Rechnung 2021 der Stadt Uster präsentiert. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, oder mit FDP-Worten ausgedrückt, quietschen es die Kühe, der budgetierte Aufwandüberschuss von 5,6 Millionen Franken wird nicht eintreffen, vermutlich wird sogar ein positiver Abschluss präsentiert auch dank der Anpassung des Steuerfusses. Von einem strukturellen Defizit – die Worte der SVP im letzten Dezember – kann im Moment nicht die Rede sein. Wenn nun in den letzten Jahren alleine der Stadtrat für die Finanzen zuständig ist, wie das SVP und FDP immer wieder erwähnten, müssen wir nun auch alleine dem Stadtrat die Lorbeeren für diesen Abschluss überreichen. Und liebe Rechtsbürgerliche, kommen sie mir nun ja nicht mit externen Einflüssen, welche das Ergebnis verbessert hat – denn externe Einflüsse habt ihr in der Vergangenheit auch nie akzeptiert, als die Zahlen schlechter aussahen. Kein Wort von euch, dass 2020 und 2021 eventuell die Pandemie für schlechtere Finanzaufgaben verantwortlich waren, also bringt jetzt bitte nicht auf einmal diese externen Einflüsse als Begründung für einen guten Abschluss – das wäre mehr als inkonsequent und peinlich. Aber ich denke, in zwei Wochen ist der Wahlkampf vorbei, und dann können wir wieder vernünftiger über die Finanzen sprechen, die Kühe lassen wir nicht mehr quietschen. Zumindest nicht bis im Dezember. (Heiterkeit im Saal)*

Die Abteilungsvorsteherin Soziales, **Stadträtin Dr. Petra Bättig**, erklärt für den Stadtrat: *Dies ist ein spontaner Aufruf, da wir dringend Wohnraum für geflüchtete Personen aus der Ukraine suchen. Wir gehen aktuell davon aus, dass wir 120 - 240 Personen aufnehmen werden, vorwiegend Frauen und Kinder. Dazu sind wohl rund 20-30 Personen bereits privat hier in Uster untergebracht, die teilweise noch nicht registriert sind. Zum Vergleich, aktuell betreut die Asyl- und Flüchtlingskoordination 160 Personen. Es kommt also so oder so eine gewaltige Aufgabe auf uns zu.*

*Wir können rund 25 Personen in bestehenden Strukturen unterbringen, weitere rund 20 Plätze sind uns bereits in privaten Wohnungen in Aussicht gestellt worden. Nun müssen wir sehr rasch weitere 30-50 Plätze suchen. Falls Sie eine Wohnung oder einzelne Zimmer haben, oder jemanden kennen mit freien Zimmern oder einer Wohnung, dann melden Sie sich bitte. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie diese nicht nur kurzfristig, sondern gern mehr als 3 Monate zur Verfügung stellen können, da wir davon ausgehen, dass diese Menschen nicht nur kurz hierbleiben werden.*

*Diese neue Aufgabe ist auch mit grossem administrativem Aufwand verbunden. Wir suchen deshalb in unserem Team nun sehr rasch administrative Verstärkung oder eine Person, welche bereits Erfahrung mit der Fallführung hat. Die Details, wo man sich melden kann, sind auf der Website der Stadt Uster zu finden.*

*Alles Weitere – Kinderbetreuung, Schule, Integrationsangebot – all das kommt in einem zweiten Schritt. Wichtig ist, dass wir nun sehr rasch viele Menschen hier in Uster unterbringen können. Vielen Dank.*

## **1 Mitteilungen**

### **Gemeindeordnung (GO)**

Der Regierungsrat hat mit Beschluss 153 vom 2. Februar 2022 die von den Stimmberechtigten der Stadt Uster am 28. November 2021 beschlossene Gemeindeordnung genehmigt. Die neue GO ist am 1. März 2022 in Kraft getreten (vergleiche Seite 1407).

Pro memoria: Die neue Geschäftsordnung – Organisationserlass des Gemeinderates – wird erst am 1. Mai 2022 in Kraft treten.

### **Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Uster, Erneuerungswahl der Kirchenpflege vom 13. Februar 2022**

Ratskollege Matthias Bickel (FDP) wurde in die Kirchenpflege gewählt. Wir gratulieren. (Applaus)

### **Jahresschlussessen vom 8. April 2022**

Die Anmeldefrist für diesen Anlass läuft am 18. März 2022 ab. Sie können Ihre Anmeldung bereits heute dem Parlamentsdienst abgeben oder mitteilen.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 49. Sitzung des Gemeinderates vom 7. Februar 2022 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

### **3 Weisung 112/2022 des Stadtrates: Wahlbüro, Erneuerungswahl für die Amtsdauer 2022-2026**

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros ist in Anwendung von § 14 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) in Verbindung mit Art. 20 Ziffer 2 der Gemeindeordnung (GO) der Gemeinderat zuständig.

Für die Mitglieder des Wahlbüros besteht keine Wohnsitzpflicht in Uster. Für die in Uster wohnhaften Mitglieder besteht – im Gegensatz zu den auswärtigen Personen – Amtszwang, sofern die Bedingungen von § 31 GPR erfüllt sind.

Die Erneuerungswahl des Wahlbüros erfolgt offen, sofern nicht wenigstens ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Wahl verlangt oder mehr Wahlvorschläge gemacht werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 35 Stimmen:**

**1. Als Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2022–2026 werden mit Wirkung ab 1. Mai 2022 gewählt:**

**Abdija Besmir, Uster (bisher)**  
**Abdija Blerim, Uster (bisher)**  
**Abdija Tadzedin, Uster (neu)**  
**Abdija Valbona, Uster (bisher)**  
**Adam Max, Wermatswil (bisher)**  
**Alabalik Simge, Uster (neu)**  
**Albertini Luisa, Zürich (neu)**  
**Altenburger Karin, Nänikon (bisher)**  
**Arif Touseef, Uster (neu)**  
**Baldin Alexandra, Uster (neu)**  
**Baldin Maria, Uster (bisher)**  
**Bannholzer Julia, Wermatswil (neu)**  
**Baracani Daniel, Uster (bisher)**  
**Barcia-Lujan Maria Isabel, Uster (neu)**  
**Barcia Patricia, Uster (neu)**  
**Bättig Maja, Uster (neu)**  
**Baumann Andreas, Greifensee (bisher)**  
**Benninger Eva, Uster (bisher)**  
**Berther Luregn, Zürich (bisher)**  
**Beusch Rémy, Uster (neu)**  
**Binder Beat, Mönchaltorf (neu)**  
**Blaser Iris, Uster (bisher)**  
**Blaser Nicole, Wetzikon (bisher)**  
**Bolliger Kerstin, Werrikon (neu)**  
**Bordonali Flavio Sandro, Wetzikon (neu)**  
**Borer Beatrice, Uster (bisher)**  
**Brauchli Nicola, Uster (bisher)**  
**Brauchli Tania, Uster (bisher)**  
**Brtan Melanie, Uster (bisher)**  
**Brtan Monika, Uster (bisher)**  
**Brus Susanne, Uster (neu)**  
**Brus Werner, Uster (bisher)**

Bühler Bernhard, Uster (bisher)  
Bühler Julia, Uster (neu)  
Bühler Olimpia, Uster (bisher)  
Bühlmann Astrid, Uster (bisher)  
Caamaño Rosa-Maria, Bertschikon (bisher)  
Caamaño Vanessa, Bertschikon (bisher)  
Carnevale Gabriella, Uster (bisher)  
Carnevale Ramona, Uster (bisher)  
Cep Jaroslav, Uster (neu)  
Dätwyler Anja, Uster (neu)  
Degen Jacqueline, Pfäffikon (bisher)  
Denzler Eveline, Uster (bisher)  
Denzler Urs, Pfäffikon (bisher)  
Di Feo-Gisler Claudia, Uster (bisher)  
Di Feo Emilio, Uster (bisher)  
Di Feo Larissa, Uster (bisher)  
Dieterle Hiromi, Uster (bisher)  
Dinner Lara, Wetzikon (bisher)  
Dürst Roman, Zürich (bisher)  
Eberhard Ambros, Uster (neu)  
Eichenberger Irene, Uster (neu)  
Elmazi Edlira, Spreitenbach (neu)  
Emele Jeannie, Uster (bisher)  
Engler Norina, Mönchaltorf (bisher)  
Fejzulai Besnik, Freienstein (bisher)  
Fejzulai Jetmira, Freienstein (bisher)  
Fernandez Meier Natalie, Pfäffikon (bisher)  
Fuchs Beatrice, Nänikon (bisher)  
Furrer Tobias, Uster (bisher)  
Geier Luisa-Marie, Wetzikon (bisher)  
Gerber Peter, Uster (bisher)  
Giacomuzzi Amanda, Nänikon (neu)  
Giacomuzzi Judith, Nänikon (bisher)  
Giacomuzzi Mario, Nänikon (neu)  
Gossweiler Jana, Pfäffikon (neu)  
Gossweiler Kay, Pfäffikon (bisher)  
Graf Josua, Uster (bisher)  
Graf Monica, Uster (bisher)  
Grau Christine, Uster (bisher)  
Gret Nicole, Uster (neu)  
Grosse Ludmilla, Uster (bisher)  
Grütter Sarah, Uster (neu)  
Guyer Janine, Uster (bisher)  
Guyer Sabrina, Uster (neu)  
Hangartner Jean-Pierre, Uster (bisher)  
Hautle Fabian, Uster (neu)  
Hengartner Emanuel, Uster (bisher)  
Herzog Cornelia, Nänikon (bisher)  
Herzog Savina, Nänikon (neu)  
Järmann Esther, Uster (bisher)  
Josi Zoé Naida, Riedikon (neu)  
Joss Samuel, Uster (neu)  
Jungnickel Jana, Winterthur (neu)  
Kamberi Iftade, Zürich (neu)  
Käser Hans, Uster (neu)  
Käser Sarah, Uster (bisher)  
Katzer Gerlinde, Uster (bisher)  
Keller Simone, Mönchaltorf (bisher)  
Kielholz Mirjam, Uster (bisher)  
Klimesch Elea, Uster (neu)

Knecht Robin, Zürich (bisher)  
Knecht-Habegger Silvana, Hegnau (bisher)  
Kobi Jürg, Uster (bisher)  
Kocher Schmid Karin, Uster (neu)  
Kohler Johanna, Uster (neu)  
Kukolj Silvana, Rudolfstetten (bisher)  
Kyburz Adrian, Zürich (neu)  
Kyburz-Büchler Christine, Zürich (neu)  
Larcher Anna, Wetzikon (bisher)  
Larcher Tobias, Wetzikon (neu)  
Lardieri Alessia, Winterthur (bisher)  
Lopez Monica, Bertschikon (neu)  
Macri Röllin Emanuela, Uster (neu)  
Maier-Baotic Marija, Uster (bisher)  
Meier Therese, Uster (neu)  
Meili Marcel, Schwerzenbach (neu)  
Meili Marianne, Schwerzenbach (bisher)  
Mimini Elvira, Mönchaltorf (bisher)  
Morgenthaler Florian, Uster (bisher)  
Moser Anja, Uster (neu)  
Mujotaj Selim, Pfäffikon (bisher)  
Müller Arun, Uster (bisher)  
Müller Julia, Uster (bisher)  
Münzner Giselle, Sulzbach (neu)  
Nadig Roger, Uster (bisher)  
O'Hara Jennifer, Winterthur (bisher)  
O'Hara Lesley, Greifensee (bisher)  
O'Hara Patrick, Bäretswil (bisher)  
Olinga Alima Cheyenne, Mönchaltorf (neu)  
Osusky Daniela, Nänikon (neu)  
Pellegrini Rosetta, Uster (bisher)  
Peters Jan, Zürich (bisher)  
Piccaluga Alessandra, Wermatswil (bisher)  
Plöchinger Florian, Uster (neu)  
Plöchinger Sibylle, Uster (bisher)  
Pörnbacher Klaudia, Volketswil (neu)  
Pörnbacher Lea, Volketswil (neu)  
Pozzan Elena, Uster (neu)  
Räss Beatrice, Uster (bisher)  
Rechsteiner Silvia, Riedikon (bisher)  
Regli Verena, Uster (bisher)  
Rickenbacher Michael, Uster (bisher)  
Rizzi Werner, Nänikon (bisher)  
Roos Doris Yvonne Susanne, Nänikon (neu)  
Rosenkranz Natallia, Uster (neu)  
Ruef Christoph, Uster (bisher)  
Rüegg Tanja, Riedikon (bisher)  
Rüfenacht Gabi, Uster (bisher)  
Rüfenacht Michèle, Uster (neu)  
Sandoni Tina, Uster (bisher)  
Sandri Beatrice, Uster (neu)  
Sandri Nicole, Uster (bisher)  
Scherrer Franz, Uster (neu)  
Schmid Lisa Jordana, Uster (bisher)  
Schmid Yella, Zürich (bisher)  
Schneider Anja, Uster (neu)  
Schneider Claudia, Uster (neu)  
Sebben Sandra, Uster (bisher)  
Seeburger Fabian, Uster (neu)  
Seiler Silvio, Uster (bisher)

**Shibli Rita, Uster (bisher)**  
**Sievi Bruno, Uster (bisher)**  
**Sievi Margit, Uster (bisher)**  
**Sommer Hannah, Zürich (bisher)**  
**Staible Florian, Uster (bisher)**  
**Staubli Frank, Uster (neu)**  
**Steffen René, Rüti (bisher)**  
**Stingel Andrea, Neftenbach (bisher)**  
**Streit Benjamin, Uster (bisher)**  
**Streit Renata, Riedikon (bisher)**  
**Strüby Susanne, Wermatswil (bisher)**  
**Sturzenegger Walter, Uster (neu)**  
**Talabér Silvia, Dübendorf (neu)**  
**Töndury Ruth, Uster (bisher)**  
**Trunfio-Zürcher Beatrice, Uster (bisher)**  
**Tschallener Ursula, Schwerzenbach (bisher)**  
**Tschopp Nelly, Nänikon (bisher)**  
**van Duffelen Marc, Uster (bisher)**  
**Volz Seraina, Fehraltorf (bisher)**  
**von Reding Annick, Uster (bisher)**  
**Vontobel Maurus, Uster (bisher)**  
**Wehrlin Bettina, Oberglatt (bisher)**  
**Weilenmann Claudia, Nänikon (bisher)**  
**Weilenmann Luis, Nänikon (neu)**  
**Weilenmann Santino, Nänikon (neu)**  
**Wenk Yvonne, Uster (bisher)**  
**Wider Manfred-Roger, Uster (bisher)**  
**Windler Lena, Uster (neu)**  
**Wolff Anna Regula, Uster (bisher)**  
**Yecheskel Angela, Uster (bisher)**  
**Yecheskel Schirli, Mellingen (bisher)**  
**Zahnd Andrea, Uster (bisher)**  
**Zahnd Eveline, Uster (neu)**  
**Zbinden Christina, Uster (neu)**  
**Zraggen Debora, Uster (neu)**

- 2. Mitteilung an den Stadtrat, die LG Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Wahlanzeige an die Gewählten.**

#### **4 Leistungsmotion 671/2022 von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufele-Keel (SVP): "Ein Booster für die Standortförderung"**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 5 (Postulat 670/2022).

Von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufele-Keel (SVP) ist am 19. Januar 2022 folgende Leistungsmotion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, in den nächsten Leistungsaufträgen/Globalbudgets der Standortförderung mehr Gewicht zu verleihen. Dazu sind beispielsweise die Kennzahlen K01 und K03-K05 der LG Standortförderung in Indikatoren aufzuwerten und die Wirkungs- und Leistungsziele und die Leistungen zu schärfen. Namentlich das Ziel Z04 soll zugunsten der Arbeitsplätze umformuliert werden.

##### **Begründung**

Die Standortförderung in Uster darf in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Uster soll nicht nur als Wohnstadt attraktiv sein, sondern auch als gut erreichbarer und gewerbefreundlicher Standort neue Unternehmen anziehen. Der Anteil der juristischen Personen an den Steuereinnahmen muss dringend wachsen.

Aktuell sollen sich die Arbeitsplätze in Uster "nur" parallel zur Wohnbevölkerung entwickeln, was der Standortförderung ein zu passives Image verleiht. Die aktuellen Ziele und Leistungen sind mit zu grosser Zurückhaltung formuliert. Stattdessen soll die Stadt Uster breit gefächerte Anstrengungen unternehmen, um aktiv Unternehmen aller Art anzuziehen.

Mit einer Aufwertung der Ziele und Leistungen in der LG Standortförderung soll die Standortförderung in Uster den nötigen Rückenwind erhalten.

**Markus Ehrensperger (SVP)** begründet das Postulat 670/2022 und die Leistungsmotion: *Gleich zu Beginn möchten wir betonen, dass das nicht zwei Kritik-Vorstösse sind. Sondern zwei „Mehr davon“-Vorstösse. Das ist uns wichtig zu unterstreichen.*

*Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass ich zwar jeweils von Sandra Frauenfelder und Christian Zwinggi spreche. Das liegt aber daran, dass uns die zwei Personen so bekannt und vertraut sind, dass ich mich sowieso immer versprechen würde. Gemeint sind natürlich eigentlich die Stellen in der Stadtverwaltung, die durch die beiden aktuell besetzt sind.*

*Am 14. Februar fand ein Austausch mit Sandra Frauenfelder und Christian Zwinggi statt. Das angenehme Gespräch war sehr interessant und produktiv. Vielen Dank dafür.*

*Wir haben unsere Vorstösse, die ja in die gleiche Richtung gehen, aus Gründen der Zuständigkeit gesplittet.*

*Aber jetzt zur Sache: Die Standortförderung ist die wichtigste Förderstelle der Stadt. Eine erfolgreiche Standortförderung hebt nicht nur das Image von Uster, sondern trägt massgeblich dazu bei, den Steuerertrag von juristischen Personen anzuheben, was schlussendlich wieder der Allgemeinheit zugutekommt.*

*Die Krux an der ganzen Sache liegt nun darin, dass zwei eigentlich gleichwertige Förderstellen durch zwei Personen mit einem direkten hierarchischen Gefälle wahrgenommen werden. Oder dass die eine Förderung auf Stufe Abteilungsleitung angesiedelt ist. Hier entsteht eben die problematische Personalunion oder eben der problematische Doppelhut. Da ist einfach ein organisatorischer Hund begraben, der zu einem unterschiedlichen Stellenwert führt, auch wenn das völlig unbeabsichtigt ist. Die weiteren Förderstellen in der Stadtverwaltung weisen diese Konstellation unseres Wissens zum Glück nicht auf.*

*In der ersten Stellungnahme zum Postulat spricht der Stadtrat von einer angedeuteten Konkurrenz zwischen der Kultur und der Wirtschaft. Das war nicht unsere beabsichtigte Botschaft. Es geht nicht darum, dass eine Stelle die andere ausspielt. Sondern um die Aussenwirkung, und die kann auch unbeabsichtigt etwas einseitig ausfallen. Wie zum Beispiel im Fussball. Der Stürmer Robert Lewandowski erhält den Ballon d'Or für seine sieben Millionen Tore für den FC Bayern München. Seine Mitspieler im Mittelfeld erhalten keine Auszeichnung, obwohl sie ja seine Teamkollegen sind und gemeinsam für den Erfolg gespielt haben.*

*In Uster ist es ähnlich wie bei den Bayern. Unser Robert Lewandowski ist Christian Zwinggi. Ein sackstarker Kommunikator, der seinen Förderbereich Kultur in ein fantastisches Rampenlicht bringen kann und ein riesiger Gewinn für die Kulturszene in Uster ist. Und es liegt halt in der Natur der Sache, dass sich die Medien dann auf ihn stürzen, auch wenn einmal genau genommen Sandra Frauenfelder für eine Sache anzufragen gewesen wäre.*

*Oder ganz patriarchalisch gesehen: Man fragt den Chef, und der ist in Uster eben nicht nur Chef, sondern auch zuständig für ein anderes Förderthema.*

*Mit unserem Postulat wollen wir erreichen, dass sich der Stadtrat nochmals Gedanken zu dieser Konstellation macht. Nicht, um die Kulturförderung zu bremsen, sondern um die Standortförderung zu pushen.*

*Christian Zwinggi und Sandra Frauenfelder haben uns am Gespräch einleuchtend erklärt, weshalb die Standortförderung funktional gesehen zum Beispiel keine Stabstelle ist. Daher sieht der Stadtrat keinen Bedarf an einer Umstellung.*

*Das Postulat braucht es aber dennoch: Denn obwohl die gewählte Organisation verständlich ist, besteht das Problem weiterhin.*

*Daher soll der Stadtrat nochmals über die Bücher gehen. Nicht nur auf die reine Verwaltungsorganisation bezogen, sondern auch in Bezug auf Delegationen und Kommissionen. Denn bei einigen organisatorischen Punkten ist unsere Ansicht klar: Im Zweckverband RZO muss Sandra Frauenfelder als Standortförderin als Vertreterin der Stadt Uster Einsitz nehmen. Und auch die Standortförderungskommission muss reorganisiert werden. Sandra Frauenfelder muss die faktische Chefin dieser Kommission sein und kann bei Bedarf das Sekretariat führen. Oder wussten Sie hier im Rat, dass die Standortförderin von Uster nicht Mitglied der Standortförderungskommission von Uster ist?*

*Der Stadtrat soll sich nochmals Gedanken zur ganzen Organisation rund um die Standortförderung machen und überprüfen, dass überall die gleichen Chancen bestehen.*

*Danke, dass Sie das Postulat überweisen.*

*Das bringt mich fließend zur Leistungsmotion, die ebenfalls das Ansehen und den Drive der Standortförderung aufwerten wollen. Indem wir zum Beispiel Kennzahlen zu Indikatoren aufstufen und gewisse Zahlen darin auch nur leicht zugunsten der Arbeitsplätze abändern, gewinnen diese Ziele an Bedeutung und stehen plötzlich in der ganzen Politlandschaft in ganz neuem Licht da. Das haben wir so in der Leistungsmotion erwähnt und auch im Gespräch mit der Verwaltung erläutert.*

*Was uns jetzt etwas ärgert ist der Hinweis in der ersten Stellungnahme, dass sich alles einfach zuerst ums Geld drehen soll. Dass eine Veränderung per se mit Mehrkosten einhergehen muss. Aber Sie dürfen das dem Stadtrat nicht übelnehmen, er ist halt rot/grün und wenn er mal über seinen Schatten springen sollte, dann bleibt er an der geschlossenen Barriere hängen.*

*Ich betone es nochmals: Wir wollten insbesondere das Image, das Ansehen und den Drive der Standortförderung stärken. Wir wollen eine Aufwertung im Stellenwert im Gesamtkontext von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung erreichen.*

*Kennzahlen, auf die man hinarbeitet, zu Indikatoren zu machen, braucht danach nicht mehr Geld. Aber es zeigt deren Bedeutung auf. Und man kann mit einem Indikator auch eine politische Haltung ausdrücken.*

*Der Stadtrat schreibt es in seiner Stellungnahme ganz richtig, dass das grösste Problem die mangelnden Gewerbeflächen in der Stadt sind. Solche Argumente sind ganz wichtig, um die Standortförderung auch über andere Wege zu unterstützen. So ist bei der aktuellen Richtplanrevision deutlich darauf hinzuweisen, dass Gewerbeflächen geschaffen werden müssen. Dafür braucht es keine neuen Stellen, sondern die Einflussnahme an den richtigen Orten.*

*Aber wir sind gespannt auf die definitive Auslegeordnung des Stadtrates mit dem nächsten Budget. Nur schon das wird sich positiv auf die Standortförderung auswirken.*

*Zu den drei konkret genannten Massnahmen verliere ich nur noch kurz ein paar Worte:*

*Die Überarbeitung des Corporate Design wurde aufgrund der horrenden Kosten bislang aufgeschoben. Das gehört beim besten Willen nicht in diese Leistungsmotion. Und sowieso: Uster braucht gar keinen Slogan. Wieso kann Uster nicht einfach Uster sein? Unsere Stadt ist stark genug dafür.*

*Den Beitritt zum Netzwerk Flughafenregion sehen wir gar nicht. Kosten/Nutzen und das Zielpublikum gehen für uns mit Sicht aus Uster nicht auf. Uster ist bereits Mitglied in der Metropolitankonferenz Zürich. Der dortige Beitrag ist viel tiefer und die Ziele und die Zielregion viel klarer.*

*Die erwähnte Stellenerhöhung scheint für uns in Ordnung. Die Leistungsgruppe hat zur Zeit 90 Stellenprozent. Wir haben am Gespräch am 14. Februar erfahren, dass Sandra Frauenfelder gar nicht diese 90% ausfüllt, sondern 10% noch durch die Geschäftsfeldleitung Präsidiales benützt werden. Diese können auch an die Standortförderung an sich gehen und dann braucht es nur noch eine 10%-Erhöhung.*

*Nun komme ich zum Schluss und danke Ihnen, dass Sie mithelfen, den Stellenwert der Standortförderung im Gesamtumfeld aufzuwerten und der Standortförderung den positiven Booster zu geben.*

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 102 vom 8. März 2022: Entgegennahme): *Ich spreche zu beiden Vorstössen gemeinsam. Das Postulat lehnt der Stadtrat ab, weil eine rein organisatorische Anpassung in der Verwaltung zu wenig bringt. Der Stellenwert der Standortförderung ist hoch, ich möchte das betonen. Beim Postulat können wir nicht viel herausholen. Anders sieht es bei der Leistungsmotion, die der Stadtrat entgegennehmen möchte, aus. Hier könnten Indikatoren angepasst werden. Markus Ehrensperger sagte soeben, die Zielgrössen seien nicht gut gewählt, aber aus unserer Sicht ist das anders.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Braucht Uster überhaupt eine Standortförderung? Was kann diese effektiv bewirken? Schliesslich kommen ja gemäss erster Antwort vom Stadtrat viele grössere Städte in näherer Umgebung ohne einen solchen Budgetposten aus. Die Legitimation dieser jährlichen Ausgaben kann nur an konkreten Erfolgen und Resultaten beurteilt werden. Und natürlich auch an der Zielerreichung der Ziele, welche sich der Stadtrat selber gegeben hat.*

*Es ist klar, dass mit Standortförderung nicht nur die Wirtschaftsförderung gemeint ist, sondern die Standortattraktivität auch mit anderen Initiativen in den Bereichen Kultur, Zentrumsentwicklung oder auch Verkehrserschliessung erhöht werden kann. Es kann aber nicht wegdiskutiert werden, dass in der aktuellen Konstellation der Bereich Kultur übergewichtet ist. Dies ergibt sich unter anderem zwangsläufig aus der organisatorischen Struktur.*

*Fakt ist, dass sich der Stadtrat mit dem STEK den klaren Auftrag gegeben hat, bis 2035 3500 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und Fakt ist auch, dass der Stadtrat heute keine Strategie hat, wie er dies erreichen will. Die Standortfördererin ist zwar sehr umtriebig, mit den hiesigen Unternehmen proaktiv in Kontakt und kann auch punktuell Erfolge verzeichnen. Trotzdem, eine erfolgsversprechende Strategie für die Verdoppelung der jährlichen Arbeitsplatzansiedelung ist nicht erkennbar. Dass die dafür notwendigen Landreserven quasi inexistent sind, wissen wir bereits seit Jahren. Es besteht also definitiv Handlungsbedarf!*

*Aus diesem Grund unterstützen wir vorerst sowohl Leistungsmotion als auch Postulat.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Mit meinem Votum behandle ich die Leistungsmotion 671 und das Postulat 670 gleich zusammen.*

*Die SVP hat einen weiten Weg zurückgelegt: Noch bis vor kurzem war die Standortförderung immer wieder im Kreuzfeuer ihrer Kritik. Und jetzt scheint sie plötzlich die Liebe zur Standortförderung entdeckt zu haben. Mit gleich zwei Vorstössen will sie diese stärken. Was der Wahlkampf alles möglich macht...*

*Zuerst zum Postulat 670: Uns Grünen ist der Klimaschutz wichtig, der Fuss- und Veloverkehr aber auch die Biodiversität. Und trotzdem verlangen wir vom Stadtrat nicht, dass er diese Themen innerhalb der Verwaltung aufwertet. Denn wir sind der Ansicht, dass die Organisation der Verwaltung Sache des Stadtrats ist. Und da wir innerhalb der Abteilung Präsidiales auch kein Ungleichgewicht feststellen können, lehnen wir diesen Vorstoss ab.*

*Zur Leistungsmotion 671 zunächst ein paar formale Punkte: Auch dieser Vorstoss erweckt den Eindruck, die SVP habe selber keine genaue Vorstellung, wie neue Unternehmen angelockt werden könnten. In ihren Forderungen bleiben die beiden Leistungsmotionäre jedenfalls sehr vage. Sie geben uns keinen Hinweis, welche konkreten Ziele und Leistungen sie sich wünschen. Und nur weil wir aus Kennzahlen Indikatoren basteln, verleihen wir der Standortförderung doch keinen Booster: Wie in den letzten Jahren sollen wir im Städteranking auf Rang 9 bleiben und die Anzahl juristischen Unternehmen, die in Uster Steuern zahlen, soll bei etwas über 1400 verharren!?*

*Die SVP besteht auch den finanzpolitischen Lackmus-Test nicht: Sie erklärt nicht, wieviel ihr dieser Booster für die Standortförderung Wert ist. Wer aber mehr Leistung fordert, muss auch bereit sein, dafür zu bezahlen. Will die SVP tatsächlich für die Standortförderung mehr Geld auszugeben? Will sie dafür andernorts sparen? Wir wissen es nicht, denn auch diese Frage lässt die Leistungsmotion offen. Ein weiteres Zeichen dafür, dass der Vorstoss vielleicht gut gemeint ist, aber leider unausgegoren daherkommt.*

*Inhaltlich können wir Grünen das Anliegen der SVP absolut nachvollziehen: Einst war Uster ein wichtiger Industriestandort. Das war zu jener Zeit, als man den Aabach als Millionenbach bezeichnete. Seit Zellweger und Mägerle in Uster ihre Werktoore geschlossen haben, werden statt Maschinen vor allem noch Wohnungen gebaut.*

*Aus umweltschützerischen Überlegungen macht es wenig Sinn, wenn die Menschen in Uster nur noch Wohnraum vorfinden und zur Arbeit täglich lange Strecken zurücklegen müssen. Deshalb ist auch uns Grünen ein starker Wirtschaftssandort Uster sehr wichtig. Es gilt Arbeitsplätze zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Aber wir Grünen bezweifeln, dass der dauernde Wettbewerb zwischen den einzelnen Gemeinden zielführend ist. Letztlich verfügen doch alle Gemeinden im Glatttal in etwa über sehr ähnliche Standortvorteile: Anschluss zu einer sehr gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und in unmittelbarer Nähe zu den Zürcher Hochschulen.*

*Für zuzugswillige Unternehmen braucht es in Uster unbedingt eine Ansprechmöglichkeit in Form der Standortförderung. Wir Grünen bezweifeln aber, dass da eine Standortförderung mit Booster oder sogar Doppelbooster wirklich einen entscheidenden Unterschied spielt, um Unternehmen anzulocken. Letztlich gibt es für die Entscheidungsträgerinnen und -träger ein Killerkriterium bei der Suche nach einem neuen Standort: Wo hat es Platz für ihr Unternehmen? Doch der Platz für Unternehmen ist in Uster aktuell äusserst knapp. Dies bestätigt auch der Stadtrat in seiner ersten Stellungnahme: Aktuell übersteigt die Nachfrage nach Arbeitsfläche das Angebot deutlich. Es fehle vor allem an Büroflächen mit 1000 m<sup>2</sup> und Grundstücke zwischen 5000 und 10'000 m<sup>2</sup>. Dieser Mangel liegt auch daran, dass in der Vergangenheit die Ustermer SVP halt ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Nur ein Beispiel: 2013 hat dieser Gemeinderat den Gestaltungsplan Lenzlinger-Areal behandelt. Die SVP hat sich dabei für die Umzonung von Industrieland in Wohngebiet ausgesprochen. Sie hätte damals gescheiter – wie wir Grünen – gegen diese Umzonung gestimmt, als jetzt händeringend die Standortförderung zu boostern.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann** (SP): *Die Standortförderung und damit verbunden die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Uster ist auch für die SP-Fraktion ein grosses Anliegen. Wenn Sie uns in den letzten Jahren gut zugehört und beobachtet haben, können Sie das ohne Weiteres bestätigen.*

*Nun ist es so, dass Standortförderung mit der Koordinationsstelle Standortförderung – wie immer diese auch ausgestaltet ist – noch längst nicht getan ist. Neue Arbeitsplätze kommen nur dann nach Uster, wenn die Firmen und Organisationen geeignete Räumlichkeiten finden. Sie kommen dann nach Uster, wenn das Umfeld stimmt: die Erreichbarkeit, die Verpflegungsmöglichkeiten für die Mitarbeitenden, das Ambiente der Umgebung. Sie kommen dann nach Uster, wenn die Firmen und Organisationen überzeugt sind, dass sie für diesen Standort auch die Mitarbeitenden gewinnen können.*

*Die Standortförderung im engeren Sinne wurde in letzter Zeit immer wieder gestärkt. Dies mit der Verlagerung von Aufgaben auf andere Leistungsgruppen oder mit dem Beitritt der Stadt Uster zur Standortförderung Zürcher Oberland.*

*Die SP-Fraktion sieht heute bei der Stärkung der eigentlichen Standortfaktoren den viel grösseren Handlungsbedarf als bei den Anliegen, die mit der Leistungsmotion und dem mit dem nachfolgenden Postulat formuliert werden. Sie unterstützt diese beiden Vorstösse nicht. Für uns ist die Standortförderungsstelle heute genügend gut aufgestellt.*

*Erlauben Sie mir kurz darzulegen, was konkrete Standortförderung oder eben Stärkung der Standortfaktoren in unserem Sinn bedeutet.*

*Zur Bereitstellung von Räumlichkeiten: in den letzten Jahren wurden regelmässig Nutzungsvorlagen vorbereitet oder dann auch beschlossen, die aus gewerblichen Nutzungen Wohnnutzungen machten. Ich denke da an das Areal Lenzlinger, die Schliffi, das Gebiet Haufland oder den Kern Süd. Bei all diesen Verfahren haben wir die Umnutzung grundsätzlich hinterfragt oder mehr gewerbliche Nutzungen gefordert; wir waren im Rat meist ziemlich alleine. Und welche Reaktionen ich, der im Namen der SP-Fraktion die Einwendungen einreichte, von den Gesuchstellenden und teilweise auch von Seiten Stadtrat erhalten habe, erzähle ich gerne im bilateralen Gespräch. Meine Damen und Herren: mit dem Prozess Stadtraum 2035 haben wir es in der Hand, genügend Räumlichkeiten für gewerbliche Nutzungen zu sichern – nicht nur im Zentrum, sondern auch an anderen Lagen wie z.B. in Nänikon. Ich erinnere Sie dann gerne daran.*

*Zur attraktiven Umgebung: Dienstleistungsnutzungen in Uster haben v.a. im Nahbereich der Bahnhöfe eine Chance. Es gibt zwei Dinge zu beachten: Zum einen müssen wir einen Mindestanteil gewerblicher Nutzungen fordern (nicht nur im Erdgeschoss), zum anderen müssen wir ein attraktives Zentrum schaffen, dass zum Verweilen einlädt. Für die Mitarbeiterrekrutierung ist das einfach wahnsinnig wichtig.*

*Und generell zur Lebensqualität als ganz entscheidender Standortfaktor: da müssen wir ein Auge auf unsere Schulen, die Betreuungsangebote, das kulturelle Leben, die Sportangebote und die Schönheit der Naherholungsgebiete richten.*

*Lassen Sie uns die Standortattraktivität von Uster an den konkreten Handlungen stärken – dort wo wir direkt Wirkung erzielen können. Das ist Aufgabe ganz vieler Geschäftsfelder und Leistungsgruppen und nicht nur der Leistungsgruppe Standortförderung.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Dieses Votum gilt sowohl der Leistungsmotion 671/2022 als auch dem Postulat 670/2022. Plötzlich also soll der Standortförderung mit Sandra Frauenfelder mehr Gewicht zukommen. Die Standortförderung, welche mehr als weniger dem Gegenwind ausgesetzt ist und für die die Daseinsberechtigung vor allem in Zeiten klammer Kassen nicht per se gegeben ist.*

*Die SVP, welche erst kürzlich nur zähneknirschend dem Beitritt zum Verein «Standortförderung Zürioberland» zustimmte oder dem Projekt Herzkern – welches eng mit der Standortförderung verknüpft ist – die Planungssicherheit verweigerte und den Kredit nur für läppische zwei Jahre bewilligte, will die Standortförderung boostern.*

*Es erscheint halt immer ein wenig in einem seltsamen Licht, wenn man sich vier Jahre nicht um die Thematik kümmert und dann plötzlich vor den Wahlen mit Vollgas. Aber das ist ja eigentlich egal, denn das Thema Standortförderung ist spannend und jede Debatte dazu tut gut.*

*Aus Sicht der Grünliberale/EVP-Fraktion gestaltet sich die Faktenlage wie folgt:*

- *Die Standortförderung ist prominent in der Strategie 2030 vertreten, eine noch stärkere Gewichtung ist nicht angezeigt.*
- *Das Ziel, die Arbeitsplätze parallel zur wachsenden Wohnbevölkerung zu entwickeln, ist alles andere als bescheiden, sondern sehr ambitiös.*
- *Die Standortförderung ist vielfältig, diese Vielfalt gilt es zu nutzen und schon gar nicht gegeneinander auszuspielen.*
- *Der Einfluss der Standortförderung soll nicht überschätzt werden, denn vieles kann sie nicht beeinflussen. Bleiben wir bitte realistisch.*
- *Das Problem des organisatorischen Ungleichgewichtes können wir nicht erkennen.*
- *Eine Budgeterhöhung hätte eine kostspielige Anpassung des Claims «Wohnstadt am Wasser» zur Folge. Dies ist weiterhin abzulehnen, weil der «Claim» eben genau das aussagt, was wir sind und finanzielle Mittel anders eingesetzt werden sollen.*
- *Bevor in der Standortförderung irgendwelche Änderungen eingeleitet werden, ist der hoffentlich positive Einfluss des Vereins Standortförderung Zürioberland abzuwarten.*
- *Die erwähnten Kennzahlen erscheinen uns ungeeignet diese als Indikatoren einzusetzen.*

*Daraus ergibt sich das Fazit, dass wir stand heute die eingesetzten Ressourcen als angemessen bezeichnen und nicht bereit sind mehr in die Standortförderung zu investieren. Wiedermal ist es uns schleierhaft, wie das genau die können, welche die ständige «Geldverlocherei» anprangern.*

*Zur Leistungsmotion ist noch anzufügen, dass diese wie ein Postulat daherkommt und keine klare Forderung aufweist. Mit einer «Beispielsweise»-Forderung gewinnen sie keinen Blumentopf. Zeigen Sie uns bitte mit konkreten Vorschlägen auf, was die Standortförderung besser oder anders machen kann und wir diskutieren gerne wieder darüber.*

*Aus beiden Vorstössen lässt sich aber beim besten Willen kein Mehrwert erkennen, weshalb die Grünliberale/EVP-Fraktion beide ablehnt.*

**Paul Stopper** (BPU): *Das Postulat 670 will die Aufwertung der Standortförderung innerhalb der Stadtverwaltung (Umorganisation, Prioritätensetzung), also ohne neue Kosten. Die Leistungsmotion 671 will gewisse Kennzahlen und Indikatoren aufwerten.*

*Was macht der Stadtrat nun daraus? Er will selbstverständlich das Postulat nicht entgegennehmen und empfiehlt dem Gemeinderat die Ablehnung. Denn bei einer Überweisung müsste er bei gleichem Umfang der Verwaltung eine Prioritätensetzung vornehmen. Gerade das will er aber ganz offensichtlich nicht.*

*Hingegen: Bei der Leistungsmotion sagt der Stadtrat freudig ja, weil er glaubt, das Ziel der Leistungsmotion ins Gegenteil verkehren zu können, nämlich dass eine einfache Änderung von Kennzahlen und von Indikatoren sehr viel kosten werde.*

*Ich glaube, der Stadtrat versteht die Leistungsmotion bewusst miss, weil er ja zwei Dinge sagen möchte:*

- 1. Er will der SVP sagen, dass die Erfüllung des Leistungsauftrag gemäss seiner Auffassung etwas, ja viel kostet. Und das wissen wir alle, das will ja die SVP sicher nicht. Im Übrigen: ich auch nicht.*
- 2. Der Stadtrat, resp. die Stadtpräsidentin benützt die Gelegenheit, um die völlig quere Wachstumspolitik bei den Einwohnerzahlen und den Arbeitsplatzzahlen einmal mehr zu «verkaufen». So wird das prognostizierte Wachstum um 7'000 Einwohner und zusätzlichen 3'500 Arbeitsplätze fast zum Heiligtum emporstilisiert.*

*Woher stammen denn diese unrealistischen Zahlen? Aus einem Berichtlein von kantonalen Beamten in den warmen Stuben in Zürich. Diese Personen wissen aber gar nicht (oder wollen es nicht wissen), was sie mit diesen Wahn-Zahlen anrichten. Eben, dass sie die Gemeinden freudig verwenden, um zu unterstreichen, dass sie noch mehr Grünland zubetonieren müssen/wollen. Wenn man diese Beamten dann fragt, wo dieses Wachstum stattfinden solle, dann antworten sie, das sei eben eine Aufgabe der Gemeinden. So einfach verdient man beim Kanton den Lohn.*

*Dieser Bericht ist doch nicht die Bibel, sondern das Resultat von wahnsinnig gewordenen Wirtschaftsfritzen. Das will ich nicht mitmachen. Das hat mit der Leistungsmotion aber auch gar nichts zu tun, wird aber vom Stadtrat einfach so in die Begründung verpackt, als ob es das Ziel der Motionäre wäre. Da kommt man sich schon etwas komisch vor.*

*Aber auch die weiteren Argumente des Stadtrates, resp. der Stadtpräsidentin zeigen, dass der Stadtrat eigentlich gar nicht auf das Anliegen der Motionäre eingehen will, sondern sie wollen nur zeigen, dass sie mehr Steuergelder ausgeben wollen. Die angeführten Zahlen auf Seite 3 zeigen das deutlich:*

- Aufstockung Pensum Stadtförderung Fr. 40'000.--/Jahr*
- Beitritt zum Netzwerk Flughafenregion Fr. 40'000.--/Jahr*
- Ablösung des Claims «Wohnstadt am Wasser» Fr. 275'000.--*

*Zur Ablösung des doofen Spruches «Wohnstadt am Wasser»*

*Über diesen doofen Spruch schüttle ich auch immer den Kopf, wenn ich ihn lese, ja lesen muss.*

*Aber: Wer hat ihn eingeführt? Es war der frühere Stadtpräsident der SP, Martin Bornhauser. Wie wäre es, wenn die Stadt bei diesem Herrn einmal anklopfen und ihn bitten würde, doch einen massgeblichen finanziellen Beitrag zu leisten, um den wirklich doofen Leitspruch auszuradieren? (Heiterkeit im Saal)*

*Zusammen mit dem Wappen von Uster genügt doch die Bezeichnung «Stadt Uster» vollkommen. Darüber können wir doch stolz sein. Was müssen wir da investieren? Brauchen grafische Büros etwa neue Arbeit?*

*Der Stadtrat führt auch noch auf, wieviel Geld andere zürcherische Städte für die Standortförderung ausgeben und glaubt damit beweisen zu müssen, dass wir auch aufstocken müssten. Sicher nicht, vor allem, weil der Stadtrat die Antwort schuldig bleibt, ob die Ausgaben der anderen Gemeinden etwas genützt haben.*

*So, jetzt wissen Sie, wie ich zur Leistungsmotion 671 und zum Postulat 670 stehe:*

- So, wie der Stadtrat die Leistungsmotion 671 versteht und umsetzen möchte, lehne ich sie klar ab. Das muss die SVP doch auch tun.*
- Dem Postulat 670 kann ich jedoch zustimmen, weil es den Steuerzahler wenig bis nichts kostet, jedoch vom Stadtrat etwas Hirnschmalz abverlangt. Vielleicht weniger Zeughaus, dafür mehr Standortmarketing.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 14:20 Stimmen:**

- 1. Die Leistungsmotion 671/2022 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**5 Postulat 670/2022 von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufole-Keel (SVP): "Ein neuer Stellenwert für die Standortförderung"**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 4 (Leistungsmotion 671/2022).

Von Markus Ehrensperger (SVP) und Barbara Schäufole-Keel (SVP) ist am 19. Januar 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Standortförderung innerhalb der Stadtverwaltung aufgewertet, resp. das organisatorische Ungleichgewicht in der Abteilung Präsidiales behoben werden kann.

Begründung

Die Standortförderung in Uster ist als Leistungsgruppe mit einer Leistungsgruppenleiterin ausgestaltet. Auch andere Schwerpunkte, die mit einer expliziten Förderung in der Stadtverwaltung vertreten sind, präsentieren sich in der Form von Leistungsgruppen.

Die Problematik bei der Standortförderung liegt in der Organisation der städtischen Verwaltung. Die Standortförderin ist dem Abteilungsleiter Präsidiales unterstellt. Dieser ist gleichzeitig der Kulturförderer der Stadt Uster.

Durch diese Personalunion (oder sogar Doppelhut) erhält die Kulturförderung ex officio ein hierarchisches Übergewicht gegenüber der Standortförderung. Diese ist wiederum offenbar die einzige Förderungsstelle in der Stadtverwaltung, die sich in einer solchen Situation befindet. Dass die Standortförderung in der Abteilung nur die zweite Geige spielt, widerspiegelt sich auch in der Präsenz in der Presse, in regionalen Organisationen (wie der RZO) und in Weisungen an den Gemeinderat.

Die Standortförderung ist die wichtigste aller Förderungsmassnahmen und darf daher organisatorisch nicht dieser Unstimmigkeit unterliegen.

**Markus Ehrensperger (SVP)** begründet das Postulat.

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 103 vom 8. März 2022: Ablehnung).

Begründung des Postulats, Stellungnahme der Stadtpräsidentin und Diskussion siehe TOP 4 (Leistungsmotion 671/2022).

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 15:20 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 670/2022 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 6 Motion 663/2021 von Natalie Lengacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Patricio Frei (Grüne): „Mehr preisgünstiger Wohnraum in Uster“

Von Natalie Lengacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Patricio Frei (Grüne) ist am 9. Dezember 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die anstehende Revision der Ortsplanung auch zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu nutzen und dem Gemeinderat eine Änderung der Bau- und Zonenordnung vorzulegen. Im Sinne von § 49b PBG soll bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften oder Gestaltungsplänen, die zu erhöhten Ausnutzungsmöglichkeiten führen, für ganze Zonen, gebietsweise oder für einzelne Geschosse, die ganz oder teilweise für Wohnzwecke bestimmt sind, ein Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festgelegt werden.

### Begründung

2014 hat das Zürcher Stimmvolk mit 58% JA-Stimmen einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes betreffend Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum zugestimmt. In Uster wurde die Vorlage gar mit 60% JA-Stimmen angenommen. Die entsprechende Gesetzesanpassung und die dazugehörige Verordnung sind seit 1. Januar 2019 in Kraft.

Damit verfügen die Gemeinden nun über die gesetzliche Möglichkeit, das preisgünstige Wohnen gezielt zu fördern. Uster soll die laufende Revision der Ortsplanung (kommunale Richtplanung, BZO) deshalb als Chance zur Schaffung von mehr preisgünstigem Wohnraum nutzen.

Die Stadt Uster ist ein attraktiver Lebensort. Die Stadt wächst kontinuierlich. (Ersatz-)Neubauten, Preis treibende Standarderhöhungen und Altbausanierungen führen zu teurerem Wohnraum. Menschen mit knappem oder durchschnittlichem Einkommen, insbesondere junge Erwachsene, Familien und ältere (pensionierte) Menschen, haben deshalb grosse Mühe, bezahlbare Wohnungen zu finden. Für die Stadt Uster als einer Stadt für alle ist eine gute soziale Durchmischung jedoch von grossem Wert.

**Natalie Lengacher** (Grüne) begründet die Motion: *Es ist ein offenes Geheimnis; auch in Uster steigen die Bodenpreise seit Jahren an. Wohnen wird dadurch teurer. Gemäss Realadviser.ch liegt in Uster der Durchschnittspreis pro m2 bei einer Wohnung aktuell bei 10'000 Franken, bei einem Haus sogar bei knapp 12'000 Franken pro Jahr. Eine 100m2 grosse Wohnung kostet in Uster als im Schnitt bereits eine Million Franken, ein gleich grosses Haus knapp 1,2 Millionen Franken. Auf Homegate waren am vergangenen Samstag 4 Häuser und 8 Wohnungen in Uster zum Kauf ausgeschrieben, die Preise entsprechend ziemlich genau dem, was realadviser.ch als Durchschnittspreise pro Quadratmeter und Jahr angibt. Wohn- und Hauseigentum ist also sehr teuer geworden, entsprechend können immer weniger Menschen einen solchen Kauf leisten. Für die Wohnungsmiete weist realadviser.ch in Uster einen Preis von durchschnittlich knapp 300 Franken pro Quadratmeter und Jahr aus. Die Miete einer 100m2 grossen Wohnung kostet in Uster also im Durchschnitt rund 2'500 Franken. Der Blick auf Homegate zeigt; ältere Wohnungen in dieser Grösse sind heute in Uster noch zu einem günstigeren Preis zu finden. Neue Wohnungen kosten dagegen meist deutlich mehr. Weil die neuen Wohnungen vor allem von Privaten gebaut werden, hat in den letzten Jahren auch der Anteil an Genossenschaftswohnungen abgenommen. Uster verfügt über viele Wohnquartiere mit einem beträchtlichen Erneuerungsbedarf. Bereits in naher Zukunft werden ältere und vergleichsweise günstige Wohnungen durch neue und wesentlich teurere ersetzt werden. Ein Beispiel kennen wir; an der Zelgstrasse in Niederuster werden von der UBS vier Mehrfamilienhäuser mit 70 bezahlbaren Wohnungen abgerissen und durch neue mit mehr als doppelt so vielen und wesentlich kostspieligeren Wohnungen ersetzt. Wir sind eine inklusive Stadt, eine Stadt Uster für alle. Wenn Uster diesem Anspruch wirklich nachleben will, muss die Stadt heute aktiv werden, damit sie auch morgen über genügend preisgünstigen Wohnraum verfügt. Auch junge Erwachsene, Familien und ältere Menschen mit tiefen und durchschnittlichen Einkommen wollen und sollen hier bei uns wohnen können. Wir Grüne fordern mit unserer Motion, die wir auch in ein Postulat umzuwandeln bereit sind, mehr preisgünstigen Wohnraum. Wir tun dies nicht zum ersten Mal: 2014 haben wir die ECOVIVA-Initiative lanciert. Die Initiative forderte eine Stiftung zu gründen, die preisgünstige und ökologisch vorbildliche Wohnungen und Gewerberäume erhält und schafft. Die Initiative wurde 2017 von 42% der Ustermer Stimmbevölkerung angenommen. Ein klares Zeichen, dass bezahlbarer Wohnraum für viele Menschen ein ernstzunehmendes Problem ist.*

*Weshalb bringen wir das Thema des preisgünstigen Wohnraums zum jetzigen Zeitpunkt wieder in die politische Diskussion ein? Die sich in Erarbeitung befindende kommunale Richtplanung und die darauf aufbauende Revision der Bau- und Zonenordnung bieten uns die optimale Gelegenheit für mehr bezahlbare Wohnungen zu sorgen. 2014 hat das Zürcher Stimmvolk mit 58% Ja-Stimmen einer entsprechenden Änderung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes zugestimmt. Der neue Artikel 49b erlaubt es den Gemeinden nun, bei zusätzlichen Ausnutzungsmöglichkeiten einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum vorzuschreiben. Die entsprechende Gesetzesanpassung und die dazugehörige Verordnung sind seit 1. Januar 2019 in Kraft. In Uster wurde diese Vorlage mit 60% 2014 Ja-Stimmen angenommen. Es ist also nicht nur der Wille der Grünen, sondern auch derjenige der Ustermer Bevölkerung, preisgünstigen Wohnraum in Uster zu schaffen. Nutzen wir diesen Rückenwind, nutzen wir die Chance, die uns die Revision der kommunalen Richtplanung und der Bau- und Zonenordnung bieten, um auch in Zukunft eine gute soziale Durchmischung von Uster zu gewährleisten.*

*Zähneknirschend sind wir damit einverstanden, die Motion auch als Postulat an den Stadtrat zu überweisen, damit das zentrale Anliegen von mehr günstigem Wohnraum systematisch bearbeitet werden kann. Machen wir uns aber nichts vor; die Motion wäre die wesentlich verbindlichere und dem Problem auch viel angemessenere Vorstossart gewesen. Wir Grüne hätten selbstverständlich Hand für eine Fristverlängerung bei der Motionsbearbeitung geboten. Erstaunen tut uns hier die SP; sie macht im Wahlkampf zwar dezidiert Werbung für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle, tut sich aber dann aber doch schwer, wenn es aber darum geht, mit einer Motion Farbe zu bekennen und dem Anliegen auch tatsächlich Schub zu verleihen.*

*Für die Stadt Uster, die eine Stadt für alle sein will, ist eine gute soziale Durchmischung von grossem Wert. Wir Grünen fordern vom Stadtrat mit unserem Vorstoss entschiedenes Handeln gegen die stetig steigenden Mieten und für mehr bezahlbaren Wohnraum und danken für die Unterstützung.*

Die Motionärin ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 24 vom 18. Januar 2022: Ablehnung, Entgegennahme als Postulat): *Wir haben es soeben von der Erstunterzeichnerin gehört: Sie ist bereit, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Unter dieser Voraussetzung kann ich Ihnen namens des Stadtrats beantragen, das Postulat zur Berichterstattung zu überweisen.*

*Das Thema, welches das Postulat anspricht, ist ein durchaus wichtiges: Ein ausreichendes Angebot an preisgünstigem Wohnraum ist auch in Uster wichtig. Um das zu fördern, gibt es verschiedene Möglichkeiten von der Abgabe städtischer Grundstücke im Baurecht an Genossenschaften bis zur Nutzung der planungsrechtlichen Möglichkeiten, wie eben zum Beispiel von § 49b PBG. Es ist selbstverständlich, dass wir im Rahmen der anstehenden BZO-Totalrevision – das ist die dritte Etappe des Projekts „Stadtraum Uster 2035“ – alle planungsrechtlichen Möglichkeiten prüfen werden, was, wo, in welchem Umfang Sinn machen könnte.*

*Eine Motion, so wie ursprünglich eingereicht, hätte jetzt eigentlich eine vorgezogene Teilrevision der BZO bedeutet. Und das hätte, da sind wir uns ja alle einig, angesichts der anstehenden Totalrevision wirklich keinen Sinn gemacht. Darum bin ich auch froh, dass die Motion jetzt in ein Postulat umgewandelt worden ist.*

*Damit können wir das Postulat gewissermassen jetzt dazu nutzen, die Diskussion rund um preisgünstigem Wohnraum, die wir dann im Rahmen der BZO-Revision sowieso werden führen müssen, als Einstieg nutzen zu können. Die unterschiedlichen Argumente hier im Rat werden dann dem Stadtrat ein wenig ein Fingerzeig sein, wie er dieses Thema dann im Rahmen der BZO-Revision angehen solle.*

*Wie gesagt, der Stadtrat ist bereit, das Postulat im Sinne seiner Erwägungen entgegenzunehmen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Am 28. September 2014 stimmte die Ustermer Stimmbevölkerung der Einführung einer Bestimmung im kantonalen Planungs- und Baugesetz zur Förderung preisgünstigen Wohnraums mit rund 60 Prozent klar zu. Seit Inkrafttreten dieser Bestimmung können die Gemeinden in ihrer Bau- und Zonenordnung wie auch in Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festlegen. Am 27. September 2017 reichte ich die Motion 611/2017 mit dem Antrag ein, die Stadt Uster solle sich zur Förderung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichten und die Gemeindeordnung sei entsprechend zu ergänzen. Die Motion wurde am 22. Januar 2018 vom Gemeinderat abgelehnt, wobei mir z.T. eine gewisse thematische Nähe zur kurz zuvor gescheiterten Volksinitiative "Eco-Viva", die als Hauptanliegen die Schaffung einer 10 Millionen-starken Stiftung aus städtischen Geldern angestrebte, zum Verhängnis wurde. Das vorliegende Thema stellt somit eines der Kernanliegen meiner Tätigkeit im Gemeinderat überhaupt dar. Zu Beginn der Legislatur 2018-2022 erwog ich daher, angesichts der geänderten Kräfteverhältnisse im Stadtrat einen neuen Vorstoss dazu zu wagen. Da ich aber vom neuen Bauvorsteher erfuhr, dass die Schaffung von Zonen nach § 49b PBG im Rahmen der anstehenden BZO-Revision geprüft wird – eine Information die den heutigen Motionären allenfalls nicht vorlag –, sah ich von einem neuen Vorstoss ab. Wie auch der Stadtrat in seiner Stellungnahme vom 25. Januar 2022 treffend darlegt, ergibt das vorherige Herauspicken eines einzelnen Elements im Rahmen der gesamten BZO-Revision, ohne das Gesamtbild zu kennen, im heutigen Zeitpunkt keinen Sinn. Die Erheblich-Erklärung der Motion hätte aber genau das zur Folge. Die Motionäre bringen also ein inhaltlich sehr sinnvolles und wichtiges Thema, leider aber auf die falsche Weise. Eine thematische Auslegerordnung als Bericht auf ein Postulat, wie dies vom Stadtrat beantragt wird, erscheint dagegen sinnvoll. Damit könnte die Wichtigkeit des Themas unterstrichen werden und auch der Aufwand bezüglich personeller Ressourcen bei der Abteilung Bau hielte sich wohl in vertretbaren Grenzen. Sollten die Grünen bereit sein, ihre Motion (doch noch) in ein Postulat umzuwandeln, würden wir diesem zustimmen. Als Motion werden wir den Vorstoss jedoch ablehnen.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Andrea Grob** (FDP): *Die Grünen fordern mehr preisgünstigen Wohnraum in Uster. Die laufende Revision der Ortsplanung sehen sie als reelle Chance, Mindestanteile an günstigem Wohnraum festzulegen. In ihrer Medienmitteilung vom 9. Dezember 2021 möchten sie damit auch die Chance nutzen, eine weiterhin gute soziale Durchmischung in Uster sicherzustellen.*

*Dieser Vorstoss tönt gut – wenn nicht gleich phänomenal! Wir alle wünschen uns günstigen Wohnraum. Als Familienfrau liegt mir dieses Thema sogar ganz besonders am Herzen. In gewissen Ustermer Quartieren ist eine 4.5-Zimmerwohnung mit ca. CHF 3'500 Franken im Monat die Realität. Das können sich nicht alle leisten. Also sagen wir bitte alle grad ja zu dieser Motion! Doch halt! Was auf dem Papier oder auf einem Wahlplakat einfach nur grandios klingt, muss seriös hinterfragt werden.*

*Erstens: Dass die Grünen gleich eine Motion eingereicht haben, zwingt den Stadtrat zu einer Schnellschusshandlung – das kommt selten gut. Die Gesamtrevision der Nutzungsplanung ist ja bereits im Stadtraum Uster 2035 vorgesehen. Der Gemeinderat müsste über ein einzelnes Thema entscheiden, welches aber zu einer Gesamtrevision gehört. Nicht wirklich seriös. Der Stadtrat schlägt deshalb vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit aussagekräftige Erkenntnisse zum Thema preisgünstigem Wohnraum in Uster gemacht werden können.*

*Zweitens: Gemäss dem Online-Portal «immomapper» haben sich die m2-Preise für Wohnungen in Uster seit dem 1. Quartal 2017 um lediglich 1% verteuert. Trotz reger Bautätigkeit und damit in der Regel höherer Mietpreise. Im restlichen Kanton Zürich hingegen nahm im gleichen Zeitraum die Quadratmetermiete um 6% zu. In Uster geht der Trend also bereits seit Jahren in die richtige Richtung. Ein akuter Handlungsbedarf ist also nicht gegeben.*

*Drittens: Die Grünen möchten eine weiterhin gute soziale Durchmischung in Uster sicherstellen. Das würde dann im Klartext bedeuten, dass günstiger Wohnraum hauptsächlich in Nänikon, Wermatswil oder Niederuster entstehen müsste. Wo genau sehen die Grünen da Potential?*

*Als FDP/Die Mitte-Fraktion liegt es uns viertens fern, interessierten Investoren Vorschriften zu machen, zu welchen Preisen sie ihre Bauten zu vermieten hätten. Wohlbemerkt: Investoren würden dann sowieso abspringen. Eine mögliche Lösung in einem solchen Falle wäre, den Investoren über einen Mehrwertausgleich die Lage schmackhaft zu machen. Also quasi: Wir zonen auf, dafür muss eine Etage günstigen Wohnraum angeboten werden. Solche Lösungen müssen zwingend im Rahmen der BZO-Revision diskutiert werden.*

*Kommen wir zum Abschluss: Die FDP/CVP-Fraktion sieht es als äusserst elementar, dass in Uster preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Diesbezüglich vertrauen wir unserer links-grünen Regierung, dass sie darauf ein Auge hat. Mit der Strategie Stadtraum Uster 2035 werden all diese Fragen detailliert behandelt. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion wie auch die Umwandlung in ein Postulat ab.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier** (EVP): *„Die Stadt Uster ist ein attraktiver Lebensort. Die Stadt wächst kontinuierlich. (Ersatz-)Neubauten, Preis treibende Standarderhöhungen und Altbausanierungen führen zu teurerem Wohnraum. Menschen mit knappem oder durchschnittlichem Einkommen, insbesondere junge Erwachsene, Familien und ältere (pensionierte) Menschen, haben deshalb grosse Mühe, bezahlbare Wohnungen zu finden. Für die Stadt Uster als einer Stadt für alle ist eine gute soziale Durchmischung jedoch von grossem Wert.“ Ich habe aus der Begründung der Motion zitiert. Das Anliegen der Motion können wir nachvollziehen und unterstützen es.*

*Trotzdem hat der Stadtrat Recht. Ein Postulat wäre in dieser Situation angebracht. Mit der Überweisung der Motion ist die Bau- und Zonenordnung noch nicht geändert. Genau gleich verhält es sich bei der Überweisung eines Postulats. Beschlossen ist noch gar nichts. Der Stadtrat macht sich erst auf die Socken, etwas auszuarbeiten, was man dann beschliessen kann. Die Grünliberale/EVP-Fraktion würde die Umwandlung in ein Postulat begrünnen und ein solches unterstützen. Die Motion hingegen werden wir ablehnen, auch wenn wir das Anliegen mittragen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Preisgünstiger Wohnungsbau ist keine schlechte Sache und ein guter Mix aus allen Preislagen ist wichtig für eine durchmischte Bevölkerungsstruktur. Dass die Stadt Uster den preisgünstigen Wohnungsbau fördern kann, ist daher wohl unbestritten.*

*Was aber natürlich überhaupt nicht geht, ist eine Zwangsquote. Es ist uns schon klar, dass es in der Welt der Grünen Partei nur Verbote und Vorschriften gibt. Ein Anliegen miteinander und gemeinsam zu verfolgen ist nicht Teil ihres Ökosystems. Aber ausserhalb dieser Zwangsjacke gibt es noch bessere Möglichkeiten, ein gemeinsames Ziel zu erreichen.*

*Zum Beispiel Gestaltungspläne, die mit einer höheren Ausnützung einerseits und preisgünstigen Wohnungen im Gegenzug dieses Ziel verfolgen, sind ein gutes Mittel. Es entsteht eine Win-Win-Situation, und genau damit hat eine Stadt Erfolg. Und diese positiven Resultate für beide Seiten führen danach auch zu einem Gewinn für die Allgemeinheit.*

*Was sich sowieso mit der Förderung von preisgünstigem Wohnraum beisst, ist die Mehrwertabgabe, von der die Grünen ja so Fan sind und die für sie nicht hoch genug sein kann.*

*Bei einer Aufzoning soll der Grundeigentümer also zuerst einmal eine horrende Abgabe bezahlen, die das Bauvorhaben vor dem Start massiv verteuert. Und danach ist er verpflichtet, einen Anteil preisgünstiger Wohnungen anzubieten. Was bleibt ihm also noch übrig, als die anderen Wohnungen im Hochpreissegment anzusiedeln, damit die Rechnung am Schluss überhaupt noch aufgeht?*

*Auf der Strecke bleiben der Mittelstand und die klassischen Familien, die weder reich sind, noch die Kriterien für die preisgünstigen Wohnungen erfüllen. Für sie ist mit der Zwangsquote kein Platz mehr in Uster.*

*Der Stadtrat ist gerne eingeladen, bei der Zonenrevision seine Gedanken zum preisgünstigen Wohnungsbau darzulegen. Aber nicht in einem politischen Korsett von Zwängen und Vorschriften.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 21:13 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 663/2021 (statt Motion, Umwandlung) wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 7 Postulat 664/2021 von Paul Stopper (BPU): Bankstrasse/Bahnhofplatz

Von Paul Stopper (BPU) ist am 16. Dezember 1961 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, auf wann die Bankstrasse zwischen Dammstrasse und Bahnhofstrasse für den Autoverkehr gesperrt werden kann.

Begründung

Auf der Bankstrasse herrscht seit Jahrzehnten ein grosses Verkehrs-Chaos: Privat-Autos, öffentliche Busse, Velofahrer und Fussgänger kommen sich in teilweise gefährlicher Weise in die Quere. In den abendlichen Spitzenzeiten muss seit 2013 – d.h. seit acht Jahren – ein Verkehrsdienst eingesetzt werden, der dafür sorgt, dass dem verspätungsanfälligen öffentlichen Busverkehr Vorfahrt gewährleistet werden kann.

In vielen Klein-Städten der Schweiz ist der Bahnhofplatz die eigentliche Visitenkarte der Ortschaft. Die Stadt Uster ist eine der wenigen Kleinstädte, die es noch nicht geschafft hat, den Bahnhofplatz vom Autoverkehr zu befreien, obwohl in Uster seit über vierzig Jahren unzählige politische Vorstösse mit diesem Ziel eingereicht worden sind.

Im Rahmen der Planungsarbeit «STEK 2035» ist die Notwendigkeit, auf der Bankstrasse ein Verkehrsregime zugunsten der Busse sowie der Fussgänger und Velofahrer einzuführen, erfreulicherweise wieder ein Thema. Allerdings ist bis heute in dieser Hinsicht weiterhin nichts geschehen.

In der Antwort vom 20. November 2018 auf die Anfrage Nr. 504/2018 vom 3. September 2018 schrieb der Stadtrat zur Frage, welche Bedeutung er einer Lösung im Bereich Bankstrasse/ Bahnhofplatz im Hinblick auf eine Attraktivierung des Ustermer Zentrums beimesse, folgendes: «Der Stadtrat misst einer Lösung eine hohe Bedeutung bei. Die Bankstrasse ist bereits heute räumlich betrachtet ein wesentlicher Bestandteil des Bahnhofplatzes und wird von verschiedenen Verkehrsteilnehmenden hoch frequentiert. Dieser Strassenabschnitt stellt den zentralen Zugang vom Bahnhof ins Stadtzentrum dar.»

Seither sind drei Jahre ins Land gezogen und von der hohen Bedeutung ist nichts zu spüren. Die Bankstrasse zeigt sich auch heute noch von der gleichen Trostlosigkeit wie seit Jahrzehnten.

Der Stadtrat wird deshalb um einen Bericht gebeten, der zu folgenden Themenkreisen Aufschluss gibt:

- Was der Stadtrat seit der Beantwortung auf die Anfrage Nr. 504/2018, d.h. seit November 2018, in dieser Sache mit hoher Bedeutung unternommen hat.
- Welche Kosten der von der VZO resp. vom ZVV, d.h. vom Benutzer des öVs bezahlte „Verkehrsdienst“ in den abendlichen Spitzenstunden zugunsten einer besseren Zirkulation des Busverkehrs seit 2013 gekostet hat.
- Bis wann der Stadtrat gedenkt, die prekären Verkehrsverhältnisse auf der Bankstrasse zwischen Damm- und Bahnhofstrasse definitiv zu ändern, dass der private Durchgangsverkehr, der auf der Bankstrasse nichts zu suchen hat, unterbunden wird.
- Ob der Stadtrat bereit ist, im Sinne eines mehrmonatigen Versuches den Durchgangsverkehr auf der Bankstrasse zu unterbinden, allenfalls zeitlich beschränkt in den Spitzenstunden morgens und abends (um den Verkehrsdienst einsparen zu können). Ob ein solcher Versuch im Laufe des Winters 2022 möglich ist oder welche Gründe dagegen sprechen.

**Paul Stopper** (BPU) begründet das Postulat: *Zu Beginn möchte ich den Stadtrat einmal loben: Er ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das ist ja fast eine Sensation. (Heiterkeit im Saal) Ich hoffe, dass der Gemeinderat diesem Antrag auch folgen wird. Das Postulat ist ja auch völlig harmlos. Es verlangt nur einen Bericht. (Heiterkeit im Saal) Das Postulat besteht nur aus einem Satz, nämlich dass der Stadtrat eingeladen wird zu prüfen, auf wann die Bankstrasse zwischen Dammstrasse und Bahnhofstrasse für den Autoverkehr gesperrt werden kann.*

*Die Bankstrasse/Bahnhofplatz ist eine ganz alte Geschichte. Zur Illustration habe ich einige Dokumente aus den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts kopieren lassen. (Danke dem Leiter Parlamentsdienst für die Kopien.) Viele Ustermerinnen und Ustermer warten also schon lange auf einen würdevollen Bahnhofplatz.*

*Sie wissen wie ich, dass als Visitenkarte einer Stadt mit Bahnhof wie Uster u.a. der Bahnhofplatz zählt, vielfach zusammen mit einem gut gestalteten und gut organisierten Bushof, wie z. B. in Chur, Aarau, Delsberg, Winterthur etc.*

*Bekannt ist, dass der Bushof zwar relativ gut organisiert ist, dass er aber zu klein ist. Es hat zu für einen weiteren Ausbau des Busnetzes zu wenig Buskanten. Vielleicht lassen sich solche mit einer Umgestaltung der Bankstrasse finden.*

*Was aber mehr ins Gewicht fällt als das Fehlen von Buskanten, ist, dass für die Kursfahrzeuge in den Abendspitzen fast kein Durchkommen mehr ist. Das «Gewussel» ist ziemlich chaotisch. So chaotisch, dass die VZO seit Jahren einen eigenen, privaten Verkehrsdienst organisieren muss, damit die Busse überhaupt gemäss Fahrplan verkehren können. Dieser Verkehrsdienst wird etwa nicht von den Verursachern bezahlt, sondern von den Busbetreibern, also der VZO. Das ist nicht sehr gerecht. Ich muss also mit dem Bus-Billett auch noch den Verkehrsdienst bezahlen.*

*Für Velofahrer und Fussgänger ist der Ustermer Bahnhofplatz auch nicht gerade eine Augenweide. Er ist auch etwas gefährlich und unübersichtlich.*

*In einer Antwort von 2018 schrieb der Stadtrat zur Frage, welche Bedeutung er einer Lösung im Bereich Bankstrasse/Bahnhofplatz im Hinblick auf eine Attraktivierung des Ustermer Zentrums beimesse, dass er «einer Lösung eine hohe Bedeutung beimesse. Die Bankstrasse sei bereits heute räumlich betrachtet ein wesentlicher Bestandteil des Bahnhofplatzes und werde von verschiedenen Verkehrsteilnehmenden hoch frequentiert. Dieser Strassenabschnitt stelle den zentralen Zugang vom Bahnhof ins Stadtzentrum dar.» Mit dem Postulat soll der Stadtrat u. a. aufzeigen:*

- *Was er seit November 2018, in dieser Sache „mit hoher Bedeutung unternommen“ hat.*
- *Welche Kosten der seit 2013 eingerichtete private Verkehrsdienst gekostet hat.*

*Mit einem längeren Versuch auf der Bankstrasse können verschiedene Fragestellungen geklärt werden. Die Durchfahrt kann z. B. auch zeitlich beschränkt sein, so in den Spitzenstunden morgens und abends (um den Verkehrsdienst einsparen zu können). Ein solcher Versuch sollte im Laufe des Jahres 2022 möglich sein. Schliesslich konnten auf der Brandstrasse auch die breiteren Velostreifen kurzfristig mit einem Versuch getestet werden.*

*Hier soll eine Bemerkung angebracht sein: Hat der zuständige Stadtrat auch gemerkt, dass dasselbe System wie auf der Brandstrasse mit den Velos seit vielen Jahren auf der Bankstrasse zwischen Damm-/Berchtoldstrasse und Busbahnhof schon zur Zufriedenheit funktioniert? Weshalb also der Versuch auf der Brandstrasse?*

*Frage der Zufahrt und der Parkplätze: Heute wird im Zusammenhang mit dem Postulat sicher noch über Parkplätze geredet, so denke ich. Selbstverständlich ist die Zufahrt für direkte Anlieger offen zu halten. Und ein paar Parkplätze dürfen durchaus auch noch bleiben. Wie viele und welche, kann aus einem Versuch herauskristallisiert werden. Die Gestaltung der Bankstrasse muss in enger Zusammenarbeit mit den Anliegern und auch mit der Bevölkerung erfolgen, sollte sie erfolgreich sein. Zeigen wir also Mut und packen das Thema Bankstrasse/Bahnhofplatz nach mehr als 36 Jahren wieder an.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 52 vom 1. Februar 2022: Entgegennahme): *Ich muss mich zuerst fassen – ein Lob Paul Stoppers an den Stadtrat! Ja, da bin ich ein wenig sprachlos. Das erlebt ja der Bauvorsteher ja kaum je! Aber ich habe mich wieder gefangen und kann trotzdem etwas sagen.* (Heiterkeit im Saal)

Zwischenruf von **Paul Stopper** (BPU): *Damit will ich es auch bewenden lassen.* (Heiterkeit im Saal)

**Stadtrat Stefan Feldmann:** *Der Umgang mit der Bankstrasse ist im STEK klar festgelegt worden. Sie soll zwischen Post- und Amtsstrasse für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden. Die Zufahrt zum Bahnhof ist trotzdem möglich. Auch soll die Bankstrasse rund um den neuen Busbahnhof hin zu einem eigentlichen Bahnhofplatz entwickelt werden. Die Vorgaben aus dem STEK sollen so auch im Richtplan, woran wir gerade dran sind, verankert werden.*

*Jetzt ist es so, dass die Bankstrasse an der Schnittstelle von zwei ganz zentralen Projekten liegt, nämlich am Projekt „Bahnhofzentrum“ und am Projekt „Attraktives Stadtzentrum“. Und darum muss der Umgang mit der Bankstrasse immer auch im Kontext dieser beiden Projekte angeschaut werden. Das Herausbrechen einer einzigen Massnahme ist dabei nicht unbedingt eine zielführende Massnahme, weil das immer auch Auswirkungen auf andere Elemente hat. Ein koordiniertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen erscheint da dem Stadtrat sehr viel zielführender zu sein. Die Abhängigkeiten, der Stand der Dinge und das weitere Vorgehen würde er Ihnen darum bei einer Überweisung gerne in einem entsprechenden Bericht darlegen.*

*Wie bereits gesagt: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat im Sinne seiner Erwägungen entgegenzunehmen und Sie in einem Bericht über den aktuellen Stand zu informieren. Danke nochmals für das Lob von Paul Stopper.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Ulrich Schmid** (Die Mitte): *Wir von der FDP/Die Mitte-Fraktion lehnen dieses Postulat ab. Es ist unnötig!*

*Von Seiten Stadtrat wurde bereits alles in die richtige Richtung aufgegleist. Das Geschäftsfeld Stadtraum und Natur hat die drei Themen/Projekte (kommunale Richtplanung, Bahnhofszentrum Uster und attraktives Stadtzentrum) in Bearbeitung. Das Postulat generiert nur einen neuen, zusätzlichen Aufwand. Der Gemeinderat wird je nach Arbeitsfortschritt entsprechend informiert und abgeholt. Wir wollen keinen Schnellschuss!*

*Die drei Themen/Projekte müssen in enger Abstimmung erarbeitet werden und ermöglichen dadurch eine gesamtheitliche Betrachtung der komplexen Problemstellung.*

*Auch steht späteren Versuchen wie zum Beispiel einer allfälligen Unterbindung des Durchgangsverkehrs nichts im Wege. Aber alles strukturiert, abgestimmt und der Reihe nach.*

*Und zu guter Letzt, ja auch wir empfinden es als eine lange Bearbeitungszeit, aber gemäss dem Sprichwort «Gut Ding will Weile haben» sind wir zuversichtlich, dass schon bald Resultate dieser Themen/Projekte vorliegen. Wir wollen nun keine weiteren Verzögerungen mehr hinnehmen. Lassen wir die Mitarbeitenden des Geschäftsfeldes an ihren Aufgaben und der Fertigstellung arbeiten.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Eigentlich ist die Haltung unserer Fraktion, dass wir Fragen, die sich in direktem Kontakt mit den Stadträten klären lassen, sei es per Mail, im direkten Gespräch oder in einer Kommissionsitzung nicht öffentlichkeitswirksam noch in Postulate verpacken. In diesem Sinne hat ein Mitglied unserer Fraktion diese Fragen bereits vor gut einem Jahr mal an Stefan Feldmann gerichtet und in etwa dieselben Antworten erhalten, wie uns der Stadtrat nun in seiner ersten Stellungnahme unterbreitet.*

*Unsere Fraktion hat auch wiederholt schon erklärt, dass eine proaktive Informationspolitik von Seiten Stadtrat gewünscht wird. Wenn nun aber an den beiden erwähnten Projekten «Bahnhofszentrum Uster» und «attraktives Stadtzentrum» schon beinahe drei Jahre gearbeitet wird, ohne uns ein Ergebnis vorzulegen oder uns zumindest über den aktuellen Stand zu informieren, dann ist wohl einfach die Zeit reif, um aktiv beim Stadtrat nach Ergebnissen nachzudoppeln. In diesem Sinne danke ich Paul Stopper für das wiederholte Aufgreifen des Themas. Wir unterstützen das Postulat, denn es ist endlich Zeit für öffentliche Antworten.*

*Der STEK-Bericht hat gezeigt, dass ein Konsens darüber besteht, dass Uster endlich einen fussgängerfreundlichen Bahnhofplatz, der vom Durchgangsverkehr befreit ist, erhalten soll. Ob jetzt die Endgestaltung des Platzes schon entworfen ist und auch die allerletzte Frage mit Veloständern oder neuen Busanlegekanten geklärt ist, ist von sekundärer Bedeutung: was jetzt aber in erster Priorität schon getan werden kann, ist den Durchgangsverkehr auf der Bankstrasse zu unterbinden. Und dazu erwarten wir mit diesem Postulat einen konkreten Lösungsvorschlag, der zeitnah umgesetzt wird.*

*Etwas erstaunt bin ich ja schon über die Formulierungen in der Stellungnahme des Stadtrates. Die Projekte befänden sich allesamt beim Geschäftsfeld Stadtraum und Natur in Bearbeitung. Sobald sich der Stadtrat ein vertieftes Bild über die Potenziale gemacht habe, würde dem Gemeinderat ein Kreditantrag zur Entwicklungsplanung vorgelegt. Nach all der verbrachten Zeit für die Planung erwarte ich dann endlich eine Genehmigung der Planung und einen Kreditantrag für die Realisierung und nicht nochmal einen Kreditantrag für eine Planung. Geplant wurde in annähernd drei Jahren im Rahmen dieser Projekte wohl nun genug, so dass es endlich Zeit ist für die Realisierung. Machen wir doch bitte endlich Nägel mit Köpfen!*

*In diesem Sinne: unsere klare Unterstützung zu diesem Postulat. Wir erwarten, dass wir im nächsten Winter endlich eine vom Durchgangsverkehr befreite Bankstrasse haben werden.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Bei diesem Postulat waren wir uns nicht einig. Ist es ein genervtes Nachstochern eines Ratsmitgliedes, der keine zufriedenstellende Antwort erhalten hat, oder soll da tatsächlich etwas Substantielles geprüft werden? Wohl eher ersteres, aber item.*

*Wie wir gehört haben, ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und mal aufzuzeigen, was denn so alles planerisch läuft im Zentrum von Uster. Und bei diesem Thema waren wir uns dann doch alle einig und befürworten den Vorstoss.*

*Wir möchten nämlich endlich einen konkreten Plan sehen, wie und vor allem wann im Zentrum von Uster etwas verbessert werden soll. Denn mit dem Ziel einer autofreien Bankstrasse können wir Grüne uns selbstverständlich einverstanden erklären.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Wir können dem Postulat nicht zustimmen. Einerseits ist die Sperrung der ganzen Bankstrasse für uns nicht gangbar. Zudem haben wir vor einiger Zeit alle Bahnhof-Vorstösse zugunsten des Projekts Bahnhofszentrum begraben. Daher ist es uns nicht klar, weshalb jetzt doch Zeit und Energie für ein Detailpostulat aufgewendet werden soll. Wir erwarten lieber das Gesamtprojekt. Wir erwarten es, nicht wir warten darauf.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 21:14 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 664/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 8 Kennntnisnahmen

### Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 17. Januar 2022 sind beim Bezirksrat Uster bis 8. März 2022 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

### Sekundarschulgemeinde Uster, Erneuerungswahlen der Sekundarschulpflege vom 13. Februar 2022 für die Amtsdauer 2022-2026

Folgende Mitglieder wurden gewählt mit Stimmen:

|   |      |
|---|------|
| Scherrer Benno, 1965, Uster, Berufsschullehrer, Kantonsrat, GLP (bisher)      | 3816 |
| Gasser Christine Corinne, 1980, Uster, Sozialpädagogin FH, SP                 | 3210 |
| Baier Marcel, 1969, Uster, Schulleiter, Coach, Supervisor bso, parteilos      | 3199 |
| Bigler Anina, 1984, Wermatswil, dipl. Wirtschaftsprüferin, Sek.-lehrerin, FDP | 3138 |
| Balmer Kunz Sabine, 1963, Uster, Personalverantwortliche, FDP (bisher)        | 3094 |
| Stambach Matthias, 1964, Uster, Staatsanwalt, SP                              | 3093 |
| Gisi Ellen, 1967, Uster, Hausfrau, Grüne                                      | 2883 |
| Flühmann Manfred, 1959, Uster, Akad. Sozialmanager, selbst. Projektleiter, SP | 2786 |
| Bucher Margrit, 1966, Uster, Leiterin Finanzen und Dienste, SVP (bisher)      | 2501 |

Als Präsident ist mit 3329 Stimmen Benno Scherrer im Amt bestätigt worden.

### Vorinformation zum 23. Ratsherren-Schiessen 2022

Das nächste Ratsherren-Schiessen findet am Montag, 18. Juli 2022 in der Stadt Zürich (Schützenhaus Albisgüetli) statt. Die Fraktionspräsidien sind darüber bereits am 21. Februar 2022 direkt informiert worden. Einladung und Anmelde-Unterlagen folgen gegen Ende April 2022.

### Abteilung Bau

Der Stadtrat hat am 15. Februar 2022 Fabienne Chappuis zur neuen Abteilungsleiterin Bau ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Andreas Frei am 1. Juni 2022 an.

### Budget 2022, pauschale Kürzung hat Auswirkungen auf Globalkredite

Auszug aus der Medienmitteilung des Stadtrates vom 14. Februar 2022: „Der Gemeinderat Uster hatte im Dezember 2021 für das Budget 2022 eine pauschale Kürzung über 600 000 Franken über alle Geschäftsfelder der Stadtverwaltung beschlossen. Die Sparvorgaben haben bei der Stadt Uster nun Konsequenzen auf alle Abteilungen. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament einzig bei seinem eigenen Geschäftsfeld «Parlamentarische Dienste» keine Kürzungen vornimmt. Für das Rechnungsjahr 2021 erwartet der Stadtrat ein positives Resultat dank hoher Steuereinnahmen.“

### Anfragen

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 660/2021 von Angelika Zarotti (SP) vom 22. November 2021: „Was passiert mit der Liegenschaft Alterszentrum Rosengarten?“ (Stadtratsbeschluss vom 8. Februar 2022)
- 661/2021 von Hans Denzler (SVP) und Markus Ehrensperger (SVP) vom 23. November 2021: „Taxistandplätze am Bahnhof Uster“ (Stadtratsbeschluss vom 8. Februar 2022)

- 662/2021 von Marco Ghelfi (Grüne) vom 29. November 2021: „Wie weiter mit dem Ökofonds der Energie Uster AG?“ (Stadtratsbeschluss vom 8. Februar 2022)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 4. April 2022 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

21.3.2022

Die Präsidentin  
Anita Borer

22.3.2022

Die Stimmzähler  
Karin Niedermann

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann